

Friedrich Naumann
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT

Freiheit

.org

Jahresbericht 2016

Walter Scheel

Mit Walter Scheel haben der Liberalismus und Deutschland eine herausragende Persönlichkeit verloren, die die Geschicke unseres Landes ganz entscheidend geprägt hat. Nach der NS-Diktatur und den Schrecken und Verbrechen des Zweiten Weltkrieges war Walter Scheel eine der ersten Persönlichkeiten, die die demokratische Kultur wieder aufbauten. Nach seiner Zeit als erster Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde er 1967 Bundestagsvizepräsident. Scheel hat den Liberalismus in den 1960er- und 1970er-Jahren tiefgreifend gestaltet. Scheel gehörte zu jenen, die die FDP für ein Bündnis mit den Sozialdemokraten öffneten. Von 1967 bis 1974 engagierte er sich als stellvertretender Vorsitzender für die Friedrich-Naumann-Stiftung und gab entscheidende Impulse. Die Freiburger Thesen von 1971 zeugen noch heute von seiner politischen Weitsicht. Mutig war Scheels Schritt im Herbst 1969, die Große Koalition zu beenden, um mit der ersten sozialliberalen Bundesregierung einen grundlegenden Politikwechsel herbeizuführen. Im Mai 1974 trat Walter Scheel das höchste Amt der Bundesrepublik an. Nach Theodor Heuss war er der zweite Bundespräsident aus den Reihen der Liberalen. Von 1979 bis 1990 war er Kuratoriumsvorsitzender, seit 1991 Ehrenvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, der er jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stand. Wir werden seine Stimme schmerzlich vermissen.

Hans-Dietrich Genscher

Als langjähriger Parlamentarier, Bundesminister und Bundesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei hat sich Hans-Dietrich Genscher historische Verdienste um die liberale Idee in Deutschland, Europa und der Welt erworben. „Hans-Dietrich Genscher war eine einzigartige Persönlichkeit, die sich durch Fingerspitzengefühl und Beharrlichkeit auszeichnete und sich in grenzenlosem Einsatz immer dem Wohle des Volkes verpflichtet fühlte. Ohne ihn hätten Deutschland und Europa heute ein anderes Gesicht“, so der Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung für die Freiheit, Prof. Dr. Jürgen Morlok. Dr. Wolfgang Gerhardt, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, sieht in Hans-Dietrich Genscher „eine außergewöhnliche politische Persönlichkeit“. Er sei für die Liberalen „einer ihrer Besten“ gewesen. „Als andere schon die deutsche Einheit aufgegeben und abgeschrieben hatten, hat Hans-Dietrich Genscher sich wieder und wieder für sie eingesetzt. Er war zweifellos ihr Architekt.“ Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat in Hans-Dietrich Genscher immer einen großen Unterstützer gehabt. Sie wird Hans-Dietrich Genscher nicht vergessen.

Dr. Guido Westerwelle

Dr. Guido Westerwelle hat einen großen Beitrag für die Entwicklung des politischen Liberalismus in Deutschland geleistet. Schon als Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen wurde sein politisches, strategisches und rhetorisches Talent deutlich, das er als FDP-Generalsekretär und -Bundesvorsitzender wegweisend eingesetzt hat. In seiner Zeit als Bundesaußenminister hat Dr. Guido Westerwelle in der Tradition seiner liberalen Vorgänger Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher eine von humanistischen Idealen geprägte, die Menschenrechte und die internationale Verständigung betonende Außen- und Friedenspolitik betrieben. „Als ehemaliger Stipendiat und als freundschaftlicher Wegbegleiter ist Dr. Guido Westerwelle der Stiftung seit den 1980er-Jahren eng verbunden geblieben, wie die Stiftung auch ihm“, so Prof. Dr. Jürgen Morlok und Dr. Wolfgang Gerhardt, Vorsitzende des Kuratoriums und des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. „Wir haben einen außergewöhnlichen Partner verloren, der uns fehlen wird. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wird Dr. Guido Westerwelle stets ein ehrenvolles Andenken bewahren.“

Hildegard Hamm-Brücher

Hildegard Hamm-Brücher wurde unmittelbar nach der Stiftungsgründung 1958 in das Kuratorium berufen und gehörte diesem 35 Jahre lang an. Dr. Wolfgang Gerhardt, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, würdigte die Verstorbene mit den folgenden Worten: „Hildegard Hamm-Brücher zählte immer zu den Persönlichkeiten, die im politischen Weg der FDP bemerkbare Spuren hinterlassen haben. Hildegard Hamm-Brücher hat unsere freiheitliche Verfassung belebt. Sie trat für sie ein, sie war unbequem, sie benannte Konflikte beim Namen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, deren Kuratorin sie war, hat ihr viel zu verdanken. Wir verabschieden uns schweren Herzens von Hildegard Hamm-Brücher, einer leidenschaftlichen Demokratin und eigenwilligen Liberalen. Sie hat eine unglaubliche Lebensleistung erbracht. Dafür schulden wir ihr großen Dank.“

Die Stiftung hatte zudem im Jahr 2016 den Tod der langjährigen Kuratoriumsmitglieder Peter Menke-Glückert und Detlef Kleinert zu betrauern.

Die Stiftung trauert um
Walter Scheel,
Hans-Dietrich Genscher,
Guido Westerwelle und
Hildegard Hamm-Brücher





Liebe Lesenden und Leser,

unser Jahresbericht 2016 bietet Ihnen einen umfassenden Einblick in die Arbeit der Stiftung für die Freiheit im vergangenen Jahr. Neue Projekte und Ideen, die wir beginnen konnten, schmerzliche Verluste und Abschiede, die wir erleben mussten, und spannende Impulse und Veranstaltungen, die unsere Arbeit im In- wie Ausland bereichert haben.

Die Stiftung für die Freiheit hat 2016 einige ihrer wichtigsten Mitstreiter verloren. Innerhalb von 14 Tagen verstarben im März 2016 die beiden ehemaligen liberalen Außenminister Dr. Guido Westerwelle und Hans-Dietrich Genscher. Mit Dr. Guido Westerwelle verloren wir nicht nur einen guten Freund, sondern auch einen langjährigen Unterstützer unserer Stiftungsarbeit, ob als Stipendiat, Bundesvorsitzender der FDP oder als Außenminister.

Aufbruch. Abschiede. Neue Herausforderungen.

Hans-Dietrich Genscher war für unsere liberale Stiftung ein großartiges Vorbild für den Mut zur Freiheit, ein großer Europäer und ein deutscher Patriot, der als Architekt der deutschen Einheit nicht nur uns, sondern auch vielen Deutschen immer in Erinnerung bleiben wird. Im Juni verstarb unser langjähriger Kurator Detlef Kleinert, der unserem Kuratorium fast 30 Jahre angehörte, und am 24. August unser langjähriger Kuratoriumsvorsitzender Bundespräsident a. D. Walter Scheel. Walter Scheel hat die Stiftung geprägt durch sein hohes Ansehen als ehemaliger Außenminister und dann Bundespräsident, seine Kontakte auf internationaler Ebene, gepaart mit einer fröhlichen Gelassenheit.

Das Jahr 2016 mit seinen großen politischen Debatten zur Zukunft Europas, zur Flüchtlingskrise und zur Sicherung der Renten haben auch unsere Bildungsarbeit bestimmt. Die Europäische Zukunftskonferenz am 8. Dezember 2016 in Berlin war konsequenter Abschluss eines Jahres, das durch Brexit und Europakrise gekennzeichnet war. Nach der Eröffnung durch Bundespräsident Joachim Gauck diskutierten die Premierminister von Luxemburg und Slowenien mit unseren Kuratoren Christian Lindner und Alexander Graf Lambsdorff. Die Zukunft unseres Kontinents war auch Gegenstand der Rede des ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten Kaspar Villiger in der Frankfurter Paulskirche und des Oppositionsführers im polnischen Parlament Ryszard Petru im März in Berlin.

Aber auch mit unseren Veranstaltungen im Regionalprogramm und unseren in diesem Jahr erarbeiteten Positionen zu den Themen Altersvorsorge, Schulpolitik, Wohnungsbau, Abschaffung des Bargeldes, Digitalisierung, Mobilität, Klimaschutz, Big Data Privacy, Smart Government, Integration und Flüchtlingspolitik konnten wir Impulse zu aktuellen Debatten setzen, die Sie als Bürger interessieren werden und die Sie auf unserer Website www.freiheit.org finden.

Leider ist die Welt 2016 kein sicherer Ort geworden. Im Gegenteil. Wir sehen in unserer weltweiten Arbeit, dass die Freiheit weiter unter massivem Druck steht. Wir gehen dennoch unbeirrt den Weg zur Verteidigung der Freiheit weiter. Mit neuen Schwerpunktsetzungen in Washington, in Hongkong und in Brüssel, mit unserer Menschenrechtsarbeit, mit unseren Partnern und Freunden der Freiheit in Europa und aller Welt.

Das Jahr 2017 wird ein Schicksalsjahr für die Freiheit in Europa und weltweit. Die Stiftung für die Freiheit hat sich neu aufgestellt und ist für diese Herausforderungen gewappnet.

Sie bleiben herzlich eingeladen, sich am Projekt der Freiheit zu beteiligen. Hier in der Stiftung für die Freiheit.

Steffen Saebisch

Steffen Saebisch

Hauptgeschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

10 Highlights



- 12 Europäische Zukunftskonferenz
- 16 Freiheitspreis
- 18 Raif Badawi Award
- 20 Boris Nemtsov Forum
- 22 Berliner Rede zur Freiheit

24 Offene und digitale Gesellschaft



- 26 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger über die Feinde der Freiheit
- 28 Vince Ebert: Der Populist in uns
- 30 Claus Dierksmeier: Qualitative Freiheit
- 32 Integration ist keine Einbahnstraße
- 34 Discussion in Concert
- 38 Big Data: Wie gestalten wir die digitale Revolution?

40 Bildung



- 44 Verena Pausder: Die digitale Welt ist eine Tatsache
- 46 Thomas Sattelberger: Humboldt 2.0
- 48 Richter und Roick: Satire aus dem Maschinenraum der Politik

50 Soziale Marktwirtschaft



- 52 Straubhaar und Paqué: Fairer Generationen-Ausgleich
- 54 Gründer: Kiel, be innovative!
- 58 Bargeld-Obergrenze verhindert keine Geldwäsche
- 60 Diskussion und Konzert mit Heinz Rudolf Kunze
- 62 Neue Wege für Mittelstand und Gründer

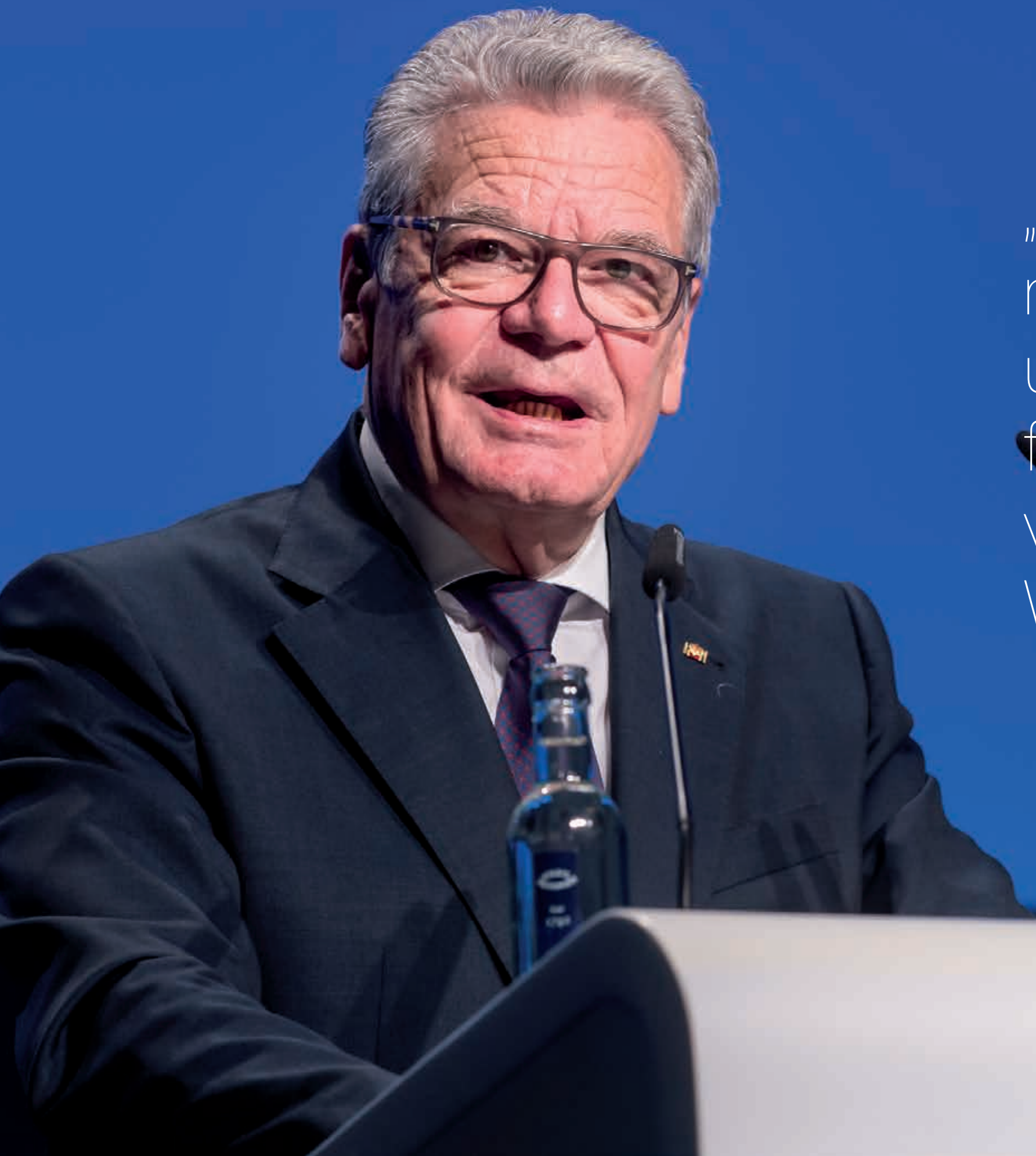
64 Internationale Politik



- 66 Lateinamerika: Adiós Populisten
- 68 Trump triumphiert
- 70 Mediendialog: Free Media – Free Minds
- 72 Timothy Garton Ash über den Brexit
- 74 Gerhardt und Paqué: Game over

78 Die liberale Bilanz

- 80 Der Vorstand berichtet
- 81 Das Kuratorium berichtet
- 82 Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen
- 83 Im politischen Dialog in über 60 Ländern der Erde
- 84 Die finanziellen Mittel der Stiftung (Jahresvergleich)
- 85 Quellennachweis der Gesamteinnahmen
- 86 Aufteilung der Mittel
- 87 Mitarbeiter und Stipendiaten
- 88 Das Geschäftsjahr 2015
- 89 Zu erwartende Einnahmen und Ausgaben 2017
- 90 Danksagung und Impressum



„Wir müssen versuchen,
mit rationalen Worten
und mit unseren Gefühlen
für die Freiheit die Furcht
vor der globalisierten
Welt zu nehmen.“

Am 8. Dezember 2016 – fast auf den Tag genau 25 Jahre nach Ratifizierung des Maastrichter Vertrags – trafen sich Liberale aus ganz Europa auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zur Europäischen Zukunftskonferenz. Das Fazit: Es gibt viel zu tun – packen wir es mutig an!

Wolfgang Gerhardt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung für die Freiheit, formulierte bereits in seinen einführenden Worten die zentrale Botschaft des Tages. Viele liberale Spitzenpolitiker aus ganz Europa, die nach ihm das Wort ergriffen, wiederholten diese Aussage immer wieder sinngemäß: „Wenn wir die Europäische Union nicht hätten, müssten wir sie erfinden. Da wir sie haben, müssen wir sie verbessern.“

Auch Bundespräsident Joachim Gauck, der mit seiner fulminanten Eröffnungsrede die Europäische Zukunftskonferenz mit mehr als 600 Teilnehmern im Kosmos Berlin einläutete, griff diesen zentralen Gedanken auf.

Es gibt laut Gauck nur eine Antwort auf die politischen und wirtschaftlichen Krisen des Kontinents, den Brexit, die übrigen Fliehkräfte an den Rändern der Gemeinschaft, den Aufstieg der Populisten und Autokraten sowie die Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten: eine noch engere Zusammenarbeit und einen noch engeren Zusammenschluss der europäischen Staaten. Gauck machte aber zugleich klar, dass dies „weder die Auslöschung nationaler Identitäten noch nationaler Kulturen“ bedeute.

Für den Blick nach vorn nutzte Gauck in seiner Rede den Blick in den historischen Rückspiegel – und zitierte umfassend aus einem Beitrag, den Lord Ralf Dahrendorf bereits vor fast zwei Dekaden in der „Zeit“ veröffentlicht hatte. Der 2009 verstorbene große Liberale und frühere Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit beleuchtet darin nach Gaucks Worten „geradezu prophetisch“ den Zusammenhang zwischen der Globalisierung und ihren sozialen Folgen. „Dahrendorf wagt einen nüchternen Blick auf Kosten und Nutzen der Globalisierung und kommt schließlich zu dem Schluss, dass ihre sozialen Neben- und Nachwirkungen zur ‚nächsten Herausforderung einer Politik der Freiheit‘ werden“. Gauck wünschte sich, er hätte „diesen Text früher gelesen. Dann hätte ich auch früher verstanden, was auf uns zukommt.“ Sein Rat: „Wer sich an die analytische Weitsicht der großen Vertreter des Liberalismus hält, verringert die Gefahr, von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen überrascht zu werden.“

„Geeint, aber nicht vereinheitlicht“

Mit Blick auf den Wahlausgang in den Vereinigten Staaten, wo überwiegend – wenn auch nicht ausschließlich – die sozial Abgehängten und die Globalisierungsverlierer für das Modell Populismus gestimmt hatten, sowie vergleichbare Protestbewegungen der unteren Mitte in vielen Staaten Europas klingt Dahrendorfs Prophezeiung aus dem Jahr 1997 heute aktueller denn je.

Jetzt heiße es, diese schnell zu verinnerlichen und die richtigen Lehren aus den aufgeworfenen Fragen und Problemen zu ziehen. Die Globalisierung – so richtig und wichtig sie für die Welt ist – sollte moderiert und sozial abgefedert werden, sonst könnte die Demokratie zwischen den „entfesselten Elementen zerrieben werden“, mahnte der Bundespräsident.

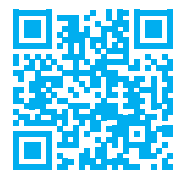
Die EU steht nach Gaucks Worten vor einem ganzen Bündel an Herausforderungen. Die größte sei es, diesen Aufgabenkatalog als gemeinsame Verantwortung zu verstehen. Mit dem überraschenden Wahlausgang in den USA werde „auch die transatlantische Partnerschaft in eine neue, noch schwer vorhersehbare Periode eintreten“. Im ersten von zwei Panels des Tages ging es um die Frage, wie Europa mehr Freiheit und zugleich mehr Wohlstand erzielen kann. Für Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP, liegt der wohl entscheidende Schlüssel gegen Populismus und Verzweiflung vor allem im fehlenden Mut: „Wir müssen nicht den Wandel fürchten, sondern die Angst.“ Wer ängstlich sei, schotte seine Märkte ab. Wer ängstlich sei, subventioniere alte Industrien und Strukturen statt etwa mutig Gründer zu fördern oder in die grenzüberschreitende Digitalisierung zu investieren.



Liane Knüppel,
Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss,
Dr. Wolf-Dieter Zumpfort,
Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Europäische Zukunftskonferenz 2016 Diese Freiheit nimmt uns keiner!

<http://bit.ly/2m6jMtH>



Rede von
Joachim Gauck
Video

Alexander Graf Lambsdorff,
Miro Cerar, Christian Lindner,
Ryszard Petru, Joachim Gauck,
Hans van Baalen, Dr. Wolfgang Gerhardt,
Xavier Bettel



„Wer sich an die analytische Weitsicht der großen Vertreter des Liberalismus hält, verringert die Gefahr, von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen überrascht zu werden.“



„Wenn wir wollen, dass unsere Werte respektiert werden, müssen wir sie auch verteidigen.“

Auch Xavier Bettel, Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, wünschte sich in seinen Statements „mehr Mut, mehr Innovation“ und vor allem mehr Anstrengungen beim Thema Digitalisierung. „Die Digitalisierung der Wirtschaft läuft zum großen Teil an Europa vorbei“, sagte Bettel und forderte „mehr Erfolgsgeschichten wie SAP“.

Intensivere Zusammenarbeit bedeutet nach Lindners Worten nicht zwangsläufig „mehr Brüssel“. Seine Position brachte er mit diesem Satz auf den Punkt: „Das geeinte Europa darf und muss kein vereinheitlichtes Europa sein.“ Das unterstrich auch Hans van Baalen, Präsident der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa. Wesentlich für eine Renaissance des europäischen Gedankens ist nach van Baalens Meinung die wirtschaftliche Gesundung. Der Niederländer zitierte dabei den früheren US-Präsidenten Bill Clinton: „It's the Economy, Stupid!“ Wenn fast jeder zweite Mittzwanziger in Spanien oder Griechenland mangels Job noch bei den Eltern leben müsse, leide das Projekt Europa. Van Baalen forderte ein energischeres Vorgehen der EU bei den Themen Digitalisierung und Energiemarkt sowie die Umsetzung des CETA-Abkommens mit Kanada: „Wenn wir nicht mit dem liberalen Kanada ein Handelsabkommen treffen können, mit wem dann?“



Dr. Wolfgang Gerhardt,
Vorsitzender des Vorstandes
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Miro Cerar, Ministerpräsident der Republik Slowenien, Alexander Graf Lambsdorff (FDP), Vizepräsident des Europäischen Parlaments, und Ryszard Petru, Vorsitzender der polnischen liberalen Partei „Nowoczesna“, standen zum Thema „Freiheit und Sicherheit in Europa“ beim zweiten Panel auf der Bühne. Eindrücklich schilderte Cerar die Situation Sloweniens im Flüchtlingssommer 2015: „An einem Tag hat es 12.000 neue Flüchtlinge in meinem Land gegeben, das ist vergleichbar mit 500.000 neuen Flüchtlingen in Deutschland an einem Tag.“ Folgerichtig nannte er als Priorität europäischer Politik in der nächsten Zeit die Sicherung der Außengrenzen der EU und die Lösung der Einwanderungsfrage – ohne jedoch den freien Kontinent komplett abschotten zu wollen. Zudem forderte Cerar von allen Demokraten Europas mehr Einsatz für die gemeinsame Sache: „Wenn wir wollen, dass unsere Werte respektiert werden, müssen wir sie auch verteidigen.“

„Populisten können gestoppt werden“

Nach Meinung von Graf Lambsdorff erwarten die Bürger Europas von der EU zwei Dinge: „Wohlstand und Sicherheit“. Für den Vizechef des EU-Parlaments ist Freiheit kein einmal erreichter Endzustand, sondern permanente Aufgabe. Wer frei sein will, muss sich dafür stark machen.



Alexander Graf Lambsdorff,
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Graf Lambsdorff forderte in diesem Zusammenhang, den „zahnlosen Tiger“ Europol in ein „europäisches FBI“ umzubauen und den dramatisch zunehmenden Cyber- und Propagandaangriffen wachsam und wirksam zu begegnen. Ryszard Petru, der sich mit seiner liberalen Bewegung den Antidemokraten an der Spitze Polens in den Weg stellt, machte allen Verzagten Mut: „Populisten können gestoppt werden.“ Petru verwies unter anderem auf die Niederlage Norbert Hofers bei den Präsidentschaftswahlen in Österreich. Zugleich warf Petru einen Blick voraus und versprach, dass Polen nach einem möglichen Wahlsieg seiner Partei in drei Jahren der Eurozone beitreten werde.

Die Schlussworte übernahm Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Das Ziel der Stiftung und der Konferenz sei vollumfänglich aufgegangen. „Wir haben heute ein Zeichen gegen die europapolitische Larmoyanz gesetzt.“ Und noch eines sei klar geworden: „Liberalen können sehr wohl populär sein – durch klare Haltung. Aber nie populistisch.“

Autor: Florian Flicke

Freiheitspreis 2016

Verantwortung ist der Preis der Freiheit

Kaspar Villiger erhält in der Frankfurter Paulskirche den Freiheitspreis 2016.

Das politische Lebenswerk des ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten Kaspar Villiger ist von reformfreundigen liberalen Ideen und Projekten mit Sinn für Verantwortung geprägt. Dafür ist er von der Stiftung für die Freiheit in der Frankfurter Paulskirche mit dem diesjährigen Freiheitspreis ausgezeichnet worden. Mit ihm werden liberale Impulsgeber geehrt, die besonders zur Fortentwicklung freiheitlicher Ziele und Werte in der Welt beigetragen haben. Voraussetzungen, denen der diesjährige Preisträger, der ehemalige Schweizer Bundespräsident Kaspar Villiger, genau entspricht. Egal ob als Familienunternehmer, Wirtschaftsfachmann oder Spitzenpolitiker – liberale Ideen und Projekte haben sein Wirken stets geprägt.

Kein Wunder also, dass auch in diesem Jahr die Frankfurter Paulskirche bis auf den letzten Platz besetzt war, als Wolfgang Gerhardt, der Vorstandsvorsitzende der Stiftung für die Freiheit, den Ehrengast mit den Worten „Willkommen im Wohnzimmer des politischen Liberalismus“ begrüßte. Neben dem Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann und hochrangigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft waren auch viele Besucher aus der Schweiz angereist.

Zusammenleben in Frieden und Wohlstand

Unter dem Thema „Zusammenhang von Freiheit und wirtschaftlicher Blüte“ stellte der ehemalige Schweizer Bundespräsident die Frage „Wie muss unser Zusammenleben organisiert sein, damit wir fehlbaren und unvollkommenen Menschen in Frieden und Wohlstand miteinander leben können?“

Das Gleichgewicht zwischen Moral und Regulierung zu finden, sei hierbei die größte Herausforderung, erklärte Villiger. Natürlich sei es immer seine Überzeugung gewesen, „dass Menschen mündig sind und sich nur in Freiheit wirklich entfalten und verwirklichen können“.

Doch, so betonte Villiger: „Die Freiheit bedarf der Bändigung und der Kanalisierung, damit nicht die Freiheit des Einen die des Anderen zerstört.“ Hierbei komme der Verbindung zwischen Individuum und Kollektiv eine besondere Bedeutung zu. Denn „so individuell wir uns auch fühlen mögen, so sehr sind wir vom Kollektiv abhängig, ohne das wir als Individuen niemals lange überleben könnten“. Deshalb „müssen wir eine kluge Balance finden zwischen einem freiheitlichen Pol mit Elementen wie Individuum, Markt, Selbstverantwortung, Dezentrale und Freiheit sowie einem kollektiven Pol mit den komplementären Elementen Kollektiv, Staat und Solidarität, Zentrale und Sicherheit“. Für Villiger bieten daher das „Prinzip der Verantwortung“ und das „Prinzip des Wettbewerbs“ die wirksamsten Mittel, um die Freiheit zu bändigen.

Bedeutender liberaler Staatsmann

Die Idee der Freiheit sei sowohl ein Auftrag zur Verantwortung als auch eine Haltung, die Villiger sich stets zu eigen gemacht habe, beschrieb die Generalsekretärin der FDP, Nicola Beer MdL, den Preisträger in ihrem Grußwort.

„Er denkt langfristig und solide, er ist offen und flexibel, er ist ein Freund von Reformen“, hatte Karen Horn, Vorsitzende der Jury, in ihrer Begründung hinzugefügt. Villigers größte Reformenfolge würdigte Ludwig Theodor Heuss, der stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung und Enkel des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss, dann auch in seiner Laudatio. So seien es vor allem die Einführung der Schuldenbremse sowie die große Föderalismusreform in der Schweiz, mit denen Villiger in seinem Heimatland bleibende Spuren als erfolgreicher Wirtschaftspolitiker hinterlassen habe. „Der bedeutendste liberale Staatsmann, den die Schweiz in den vergangenen dreißig Jahren hervorgebracht hat“, so Heuss. Karen Horn hob hervor, der langjährige Schweizer Bundesrat und zweimalige Bundespräsident Kaspar Villiger sei das wohltuende Gegenstück zu den „gefährlichen Politunternehmern“, die derzeit immer häufiger die politische Weltbühne bevölkerten: „Er ist alles andere als ein politischer Verführer, von denen es durchaus auch in der Schweiz einige Exemplare gibt. Villiger hingegen ist ein besonnener, verantwortungsbewusster Liberaler, ein Demokrat mit tiefer humanitärer Gesinnung.“

Träger des Freiheitspreises 2016:
Kaspar Villiger, Bundespräsident a. D.
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

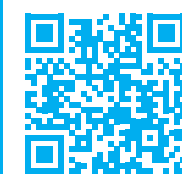


Peter Feldmann, Dr. Wolfgang Gerhardt,
Kaspar Villiger, Prof. Dr. Jürgen Morlok

„Die Freiheit bedarf der Bändigung und der Kanalisierung, damit nicht die Freiheit des Einen die des Anderen zerstört.“



<http://bit.ly/2niSMqR>



Highlights der
Preisverleihung
Video

<http://bit.ly/2mmSDDJ>



Dankesrede
Video

Raif Badawi Award

In diesen Zeiten braucht es mutige Journalistinnen wie Sie!

„Unser Radioteam ist stolz, diesen Preis zu bekommen. Wir versprechen, dass wir für die Freiheit unsere Stimme erheben und die Rechte der Frauen und der Jugend einfordern.“

Überschattet von der Nachricht, dass der in Saudi-Arabien inhaftierte Blogger Raif Badawi trotz seines schlechten Gesundheitszustandes erneut ausgepeitscht werden soll, wurde auf der Frankfurter Buchmesse der diesjährige Raif Badawi Award for courageous journalists an das Flüchtlingsprogramm des Radio Dange Nwe aus Halabja, Irak, verliehen.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erinnert mit diesem Preis an den andauernden Kampf um Badawis Freilassung und ganz grundsätzlich an die Situation der Meinungs- und Pressefreiheit in der arabischen Welt. „Saudi-Arabiens Regime fürchtet nichts mehr als das offene Wort und bestraft jene mit aller Härte, die sich für die Freiheit der Gedanken und der Worte einsetzen. Raif Badawi zahlt für seine Freiheitsliebe einen unmenschlichen Preis. Sie könnte ihn das Leben kosten“, so der stellvertretende Stiftungsvorsitzende Karl-Heinz Paqué in seinen einleitenden Worten.



Rangen Mahmood, Can Dündar, Ensaf Haidar, Hero Jafaar, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Can Dündar, ehemaliger Chefredakteur der türkischen Zeitung Cumhuriyet, ermutigte in seiner Laudatio die Preisträgerinnen, auch zukünftig hart und mit Leidenschaft an diesem außergewöhnlichen Projekt für die Freiheit, wenngleich unter schwierigsten Bedingungen, zu arbeiten: „Euer Weg ist steinig, aber der Mühe wert.“ Die Arbeit der Journalistinnen des Radio Dange Nwe sei in doppelter Hinsicht erfolgreich: Zum einen befähige sie andere Frauen, für ihre eigene Unabhängigkeit und gegen ihre Unterdrückung zu kämpfen, indem sie sich ohne Scheu gegen häusliche Gewalt und weibliche Genitalverstümmelung einsetzen. Zum anderen schaffe sie das Fundament für eine freie und offene Gesellschaft, indem sie zur besseren Verständigung unterschiedlicher Religionen und Ethnien, von Flüchtlingen für Flüchtlinge, mit Hilfe des Radios beitrage.

Initiiert wurde der Preis im vergangenen Jahr von Ensaf Haidar, Raif Badawis Ehefrau, und Constantin Schreiber, n-tv-Journalist. Der Preis wird zudem durch den Börsenverein des Deutschen Buchhandels unterstützt.

In ihrer Danksagung unterstrichen die Preisträgerinnen die Bedeutung der Auszeichnung für ihre Arbeit. „Unser Radioteam ist stolz, diesen Preis zu bekommen. Wir versprechen, dass wir für die Freiheit unsere Stimme erheben und die Rechte der Frauen und der Jugend einfordern. Durch diesen Preis wird Raif Badawi immer in Erinnerung bleiben. Seinen Kampf für die Freiheit und sein Schicksal wollen wir nicht nur bei unseren Zuhörern, sondern darüber hinaus bekannt machen.“

Ensaf Haidar (Mitte) mit den Preisträgerinnen des Raif Badawi Award 2016

Interview: „Was beeindruckt an Raif Badawi?“
<http://bit.ly/2m6wNmJ>



Linda Teuteberg
im Interview
Video



Demonstranten fordern die Einstellung von Gewalt gegen russische Journalisten.



In der Russland-Umfrage der Stiftung für die Freiheit wird eine ambivalente Einstellung gegenüber Demokratie, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit deutlich.

Boris Nemtsov Forum

Was denkt die russische Bevölkerung über Freiheitsrechte und Demokratie?

Die Beziehung zwischen Russland und Europa ist seit der Annexion der Krim schwieriger als je zuvor, der Kreml ist international isoliert und macht immer wieder Schlagzeilen mit Verstößen gegen Freiheitsrechte und demokratische Prinzipien. Doch was denkt die russische Bevölkerung, wenn es um diese Themen geht? Welche Erwartungen hat sie an den Staat und ihre Zukunft? Und gibt es Unterschiede in deren Sichtweisen zu der in Deutschland lebenden russischen Diaspora? Diesen Fragen sind die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und die Boris-Nemtsov-Stiftung in repräsentativen Studien nachgegangen, die im Oktober 2016 auf dem Boris Nemtsov Forum in Berlin vorgestellt wurden.

In der Russland-Umfrage der Stiftung für die Freiheit wird eine ambivalente Einstellung gegenüber Demokratie, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit deutlich. Hier zeigen sich die Auswirkungen eines autoritären Systems auf die Wahrnehmung der russischen Gesellschaft. Haben rund 86 Prozent der befragten Russen keine Angst, eine Minderheitenmeinung gegenüber der Familie und Freunden frei zu äußern, ist es gegenüber Fremden nur noch die Hälfte der Befragten. Das Vertrauen, in der Öffentlichkeit frei zu sprechen, ist stark eingeschränkt. Daneben führt vor allem die schlechte wirtschaftliche Situation der Bevölkerung dazu, dass eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Landes als eine der größten Prioritäten gesehen wird.

Knapp 60 Prozent befürworten sogar ein System der staatlichen Planung und Verteilung. Fast 70 Prozent der Befragten rechnen zudem damit, dass in den nächsten Jahren viele Russen ihre Arbeit verlieren werden.

Die Befragung der russischsprachigen Bürger in Deutschland, von der Boris-Nemtsov-Stiftung in Auftrag gegeben, zeigt durchaus Unterschiede zu der Befragung der in Russland lebenden Bevölkerung. Die in Deutschland lebenden Russen fühlen sich zu über 80 Prozent gut integriert. Eine breite Mehrheit steht hinter der deutschen Demokratie und informiert sich vorwiegend aus deutschen Medien, wobei 30 Prozent auch in Deutschland vorwiegend russisches Fernsehen sehen und nicht glauben, dass das deutsche objektiver sei. Erstaunlich ist dabei, dass eine Mehrheit der Befragten sehr negativ zur deutschen Flüchtlingspolitik steht, die Grenzen für Flüchtlinge schließen möchte und sich deutlich gegen Integration ausspricht.

Beide Umfragen ermöglichen erstmals einen direkten Vergleich der politischen Einstellungen zwischen Russen und der russischen Diaspora in Deutschland.

10. Berliner Rede zur Freiheit

Kein Europa à la carte

Der Vorsitzende der liberalen Oppositionspartei „Nowoczesna“ in Polen, Ryszard Petru, hielt die 10. Berliner Rede zur Freiheit am Brandenburger Tor. Mit seinem Thema „Ein Europa der Freiheit“ stellte er die Bewahrung der liberalen europäischen Werte in den Mittelpunkt. Heute seien die Europäer mehr denn je herausgefordert, diese historischen Errungenschaften zu verteidigen. Die Europäische Union sei schließlich ein gemeinsames Projekt der Freiheit: „Ein Europa der Freiheit ist ein ehrliches Europa. Und die Europäische Union ist das am weitesten entwickelte Integrationsprojekt der Welt.“

Er ließ keinen Zweifel daran, dass Polen zu Europa gehört: „Niemand sollte jemals infrage stellen, dass die Polen der Freiheit und Europa verpflichtet sind. Es war der Kampf meiner Generation, Polen in der Familie der Europäischen Union zu verankern. Heute sollte es der Kampf meiner Generation sein, dass die Europäische Union vereint bleibt.“

Die Abkehr vieler Europäer von der Idee eines gemeinsamen Europas beobachte er jedoch mit großer Sorge: „Die Europäer misstrauen den politischen Eliten. Politik macht sie wütend. Der europäische Traum enttäuscht sie einfach.“ Die Verantwortung für die Erfolge populistischer Parteien und Strömungen in vielen Ländern Europas trügen jedoch nicht die Menschen, sondern die europäische Politik. Ihr wirft er Versagen vor: „Populistische Meinungen gegen die Europäische Union sind nicht entstanden, weil die Menschen solche Ideen lieben. Sie entstanden, weil die Politik nicht bereit war, die Bürger davon zu überzeugen, kühne Entscheidungen zu treffen.“ Die zahlreichen ungelösten Krisen beförderten diese Probleme zusätzlich. Flüchtlingsströme, die Spannungen mit Russland und der Brexit schwächten das Herzstück des europäischen Projekts. Einfache Lösungen gebe es keine, betonte Petru mehrfach. Um diesen gewaltigen Herausforderungen zu begegnen, forderte er ein Zusammenstehen Europas.

Das Vorantreiben engstirniger nationaler Interessen verurteilte er scharf. „Ich glaube, dass die Zukunft nicht ein Europa à la carte sein kann, in dem sich jeder das aussucht, was ihm gefällt. Das wäre das Ende unseres gemeinsamen Projekts, das Ende unserer Solidarität.“ Eine besondere Rolle in Europas Zukunft komme der jüngeren Generation zu. „Die jungen Menschen sind unser Kapital. Wir müssen ihnen ermöglichen, ihren Träumen zu folgen.“ Das Ziel: ein Europa, das effektiv an Lösungen arbeitet und Ergebnisse präsentiert. In seiner Begrüßung hatte Wolfgang Gerhardt, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, ebenfalls die Bedeutung einer engen europäischen Kooperation betont.

In über 60 Ländern der Welt sei die Stiftung in Projekten aktiv, jedoch sei die Arbeit nahezu überall schwieriger geworden. „Anscheinend glauben wieder mehr und mehr Menschen, dass Konzepte eines national-ethnischen Bandes weiterführender sind als Zusammenarbeit.“ Vor diesem Hintergrund sei die Notwendigkeit der Selbstvergewisserung, wohin der Weg Europas führen soll, umso dringender, damit Europa nicht aus der Spur komme. Die bisherigen Redner der Berliner Rede zur Freiheit waren Udo di Fabio, Heinrich August Winkler, Joachim Gauck, Paul Nolte, Peter Sloterdijk, Karl Kardinal Lehmann, Gabor Steingart, Mark Rutte und Zhanna Nemtsova.

Alexander Graf Lambsdorff,
Dr. Hermann Otto Solms,
Dr. Marco Buschmann,
Rainer Brüderle, Dirk Niebel



„Ein Europa der Freiheit ist ein ehrliches Europa. Und die Europäische Union ist das am weitesten entwickelte Integrationsprojekt der Welt.“



Ryszard Petru hält die 10. Berliner Rede zur Freiheit.

<http://bit.ly/2nuVvll>



Rede von
Ryszard Petru
Video

Integration ist keine
Einbahnstraße.



„Rechtspopulismus will immer freiheitsfeindlich, antiaufklärerisch und gegen die offene Gesellschaft wirken.“

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger über die AfD Feinde der Freiheit



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Mitglied des Vorstandes
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Drohen Deutschland Verhältnisse wie in Österreich? Die knappe Niederlage der FPÖ sollte eine Lehre sein.

Die AfD ist von Zustimmungsraten wie der der FPÖ in Österreich zwar noch weit entfernt. Aber ihre Ideologie ist nicht weniger reaktionär als die der Freiheitlichen. Mit ihrem Grundsatzprogramm träumt sich die AfD in das Deutschland der 1950er-Jahre zurück: weit genug entfernt von unserer modernen Demokratie und unserer offenen Gesellschaft. Das Land, das die AfD anstrebt, ist ganz klar nicht das liberale Deutschland von heute. Bereits an der Sprache wird das deutlich. Die AfD knüpft damit geschickt an antimoderne Traditionslinien an. Entsprechend definieren die neuen Rechten ihre politische Position aus der Behauptung einer völkisch-ethnischen Einheit heraus. Mit dieser Art der Gruppenorientierung soll ein Retro-Gemeinschaftsgefühl geschaffen werden.

Andere Kulturen passen nicht zur „deutschen Rasse“.

Aufgebaut werden soll dieses „Deutsche“ mit einer als deutsch erkannten Leitkultur. Weltoffenheit und Internationalisierung werden als schleichende Erosion der europäischen Kultur diffamiert. „Fremden“ wird jede Integrationsmöglichkeit abgesprochen. Andere Religionen, Kulturen und Sprachen passen nicht zum „Deutschtum“ und zur „deutschen Rasse“. Ein nicht genau definierter, aber als ideal erkannter Zustand von Volk und Nation soll wiederhergestellt werden. Nicht die Staatsangehörigkeit, sondern die Abstammung bestimmt das Volk. Den Minderheitenschutz durch die Grundrechte gibt es bei der AfD nicht. Die Affinität zu autokratischen Systemen ist offenkundig.

Offen zutage tritt die antimoderne Tradition in der Konstruktion der AfD-Identität, sie sieht sich in einer Verfassungstradition der Jahre 1848, 1871 und 1919 – nicht aber in der des Grundgesetzes. Die Offenheit unserer Kultur erscheint als eine Verwirrung, die von den Westmächten nach dem Zweiten Weltkrieg aufgezwungen wurde.

Geht es nach der AfD, stehen nur „richtigen Deutschen“ alle Bürgerrechte zu.

Für die AfD soll der Islam nicht zu Deutschland gehören. Neben wenigen konkreten Forderungen wie Minarett- und Burkaverbot diffamiert die AfD damit das Grundgesetz und die garantierte Freiheit der Religionsausübung. Und in der Gesellschaftspolitik wird die völkische Ideologisierung auf die Spitze getrieben. Deutschstämmige Frauen müssen mehr Kinder bekommen, so lässt sich der Kern der Gesellschaftspolitik zusammenfassen. Besonders sensibel sind die Passagen, die eindeutig gegen unsere verfassungsmäßige Ordnung zielen. Geht es nach der AfD, sollen Bürgerrechte wie informationelle Selbstbestimmung, Privatsphäre und Versammlungsrecht nur den „richtigen Deutschen“ zustehen. Eine mit unserem Grundgesetz unvereinbare Auffassung.

Für die Partei ist Angst alternativlos.

Die AfD bietet programmatisch mehr als eine Projektionsfläche für Unzufriedenheit, Sorgen und Ängste. Für die AfD ist Angst alternativlos. Wie die demokratischen Parteien mit diesem Frontalangriff auf unsere Demokratie umgehen, bleibt kontrovers. Diese fundamental unterschiedliche Auffassung von Politik ist nicht neu. Rechtspopulismus will immer freiheitsfeindlich, antiaufklärerisch und gegen die offene Gesellschaft wirken. Deshalb müssen Rechtspopulisten klar und inhaltlich bekämpft werden. Österreich zeigt zumindest, wie schnell Rechtspopulismus ein existenzielles Problem werden kann.

Dieser Artikel wurde am 25. Mai 2016 in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht.

Vor einigen Jahren machte der Psychologe Alexander Todorov von der Princeton University einen bemerkenswerten Test: Er zeigte seinen Studenten Porträtfotos von jeweils zwei ihnen unbekannten Männern und forderte sie dann auf, spontan zu entscheiden, welche der beiden Personen in ihren Augen kompetenter wirkt. Was die Studenten nicht wussten: Bei den Paarungen handelte es sich um reale Politiker, die bei unterschiedlichen Wahlen gegeneinander antraten. Das verstörende Ergebnis: In 70 Prozent aller Fälle entsprachen die Entscheidungen der Studenten dem tatsächlichen Wahlgewinner! Und das nur, weil er den Wählern lediglich kompetenter erschien! Selbst bei so etwas Wichtigem wie einer politischen Wahl spielen für uns Rationalität und logische Argumente offenbar eine untergeordnete Rolle.

Vernunft kann uns davor bewahren, als kompletter Idiot dazustehen, aber sie wird uns nicht davon abhalten, unsere Stimme einer Flachpfeife mit tollem Haarschnitt zu geben. Der Grund: Evolutionsbiologisch ist unser Gehirn nicht primär für die Wahrheitsfindung konstruiert, sondern um in einer überschaubaren Gruppe von 30, 40 Menschen inmitten von Bäumen, Felsen und Säbelzähntigern überleben zu können – und nicht in einer Welt mit Handytarifen, Körperfettwaagen oder mobilen Brezelverkäufern, die in Kassel-Wilhelmshöhe zusteigen.

Zwar können wir inzwischen alle Informationen, Hintergründe und Daten in Windeseile abrufen. Doch tatsächlich vertrauen wir nach wie vor bei den meisten Dingen dem intuitiven Steinzeitmenschen in uns.

Eigene Erfahrung übertrumpft Statistiken.

Dadurch glauben wir nicht unbedingt das, was wahr ist, sondern das, was sich wahr anfühlt. Da können Sie noch so wissenschaftliche, seriöse, randomisierte, placebo-kontrollierte Metastudien anführen, sobald einer am Tisch sagt: „Isch hab’ meim Hund letzte Woch’ Annika D30 gegeben, un seitdem is sei Durchfall wie weggeblase ...“, erntet er anerkennendes Kopfnicken. Das klappt allerdings nur, wenn er sympathisch und vertrauenerweckend ist. Zahlen und Statistiken liefern zwar wertvolle Erkenntnisse, aber sie überzeugen uns eher wenig. Bei den meisten unserer Ansichten pfeifen wir auf Fakten, wir glauben einfach. Und zwar vornehmlich das, was emotional besetzt ist oder was sich gut anfühlt.

Wäre es nicht schön, wenn sich mit billigen Zuckerkügelchen Krankheiten heilen ließen? Wenn wir essen könnten, so viel wir wollen, und trotzdem nicht dick werden? Wenn wir mit Sonne und Wind eine ganze Industrienation versorgen könnten? Das wäre doch super! Es sind nicht Unwissen oder mangelnde Intelligenz, die so viele Menschen Irrtümern, Mythen oder Populisten hinterherhängen lassen. Es ist unser emotional geprägter Steinzeitmensch, der uns so oft in die Bredouille bringt. Nicht das, was wir wissen, bereitet uns Schwierigkeiten, sondern das, was wir so gerne glauben wollen. Kinder zum Beispiel glauben nicht deswegen an den Weihnachtsmann, weil sie naiv oder dumm sind. Sie glauben daran, weil sie ihre Informationen von Quellen haben, denen sie vertrauen: ihren Eltern. Welche vertrauensvollen Quellen haben Sie?

Vince Ebert Der Populist in uns

„Es sind nicht Unwissen oder mangelnde Intelligenz, die so viele Menschen Irrtümern, Mythen oder Populisten hinterherhängen lassen.“



<http://bit.ly/2nMmg0J>



liberal-Magazin
04/2016
PDF

Dieser Beitrag erschien
in einer längeren Fassung
in unserem liberal-Magazin,
Ausgabe 04/2016.

Interview mit Claus Dierksmeier Immer für die Freiheit!



Prof. Dr. Claus Dierksmeier
Direktor des Weltethos-Instituts
an der Universität Tübingen

Prof. Dierksmeier, in Ihrem neuen Buch „Qualitative Freiheit“ unterscheiden Sie zwei unterschiedliche Arten von Freiheit: die quantitative und die qualitative. Welche ist Ihrer Meinung die positivere und wünschenswertere?

Es geht mir darum, beide Facetten nicht gegeneinander, sondern miteinander ins Spiel zu bringen. Wir müssen zuerst über die Qualität, dann über die Quantität sprechen. Wir sollten nicht – quantitativ – die Freiheit zugunsten von Gerechtigkeit, Tugend und Nachhaltigkeit reduzieren, sondern wir müssen – qualitativ – Freiheit durch eine liberale Übernahme von sozialer, moralischer und ökologischer Verantwortung realisieren.

Wie hat sich die Auffassung von Freiheit in den Köpfen der Menschen über die vergangenen Jahrzehnte verändert?

Wer alte liberale Manifeste und Programme studiert, dem fällt auf, dass der Liberalismus früher auch als moralisches und weltbürgerliches Projekt verstanden wurde. Verantwortung war der Auftrag, sich auf die Freiheit der Nächsten um ihrer Menschlichkeit willen zu verpflichten und sie im eigenen Handeln immer mit zu fördern. Ich meine, der Verlust an freiheitlicher Moral hat einen flachen, anspruchslosen Liberalismus begünstigt. Wir brauchen mehr Befreiungsphilosophie und weniger Besitz-individualismus im Liberalismus.

Ist angesichts der vielen Gefährdungen bürgerlicher Freiheiten die Frage, welche Art von Freiheit wir wollen, nicht eigentlich sekundär?

Nein. Im Gegenteil: Wie überzeugend wir diese Frage beantworten, entscheidet darüber, ob der Liberalismus global erfolgreich ist oder nicht. Nur eine Freiheit, die allen Zivilisationen gerecht wird und sich kosmopolitisch verantwortet, kann auch dauerhaft weltweit überzeugen. Allein eine Freiheit, die universal zugesprochen wird, spricht auch universell an.

Warum sind Freiheit und Liberalismus Konzepte, die in der politischen Landschaft Deutschlands – besonders seit der verlorenen Bundestagswahl 2013 – eine so starke negative Konnotation hatten?

Dazu kann ich nur spekulieren: Eine FDP, die klein denkt, macht sich selbst zu klein. Zur Freiheit passt besser ein großzügiges Engagement zugunsten derer, die ohne Ermutigung und Ermächtigung nur schwer zu einem Leben in würdevoller Autonomie finden. Nicht nur eigene Vorteile verteidigen, sondern Chancen für jeden Menschen zu schaffen – das erwartet man sich von einer genuin liberalen Politik! Die Karlsruher Freiheitsthesen von 2012 und das neue Leitbild von 2014, die beide eine Chancenpolitik als zentrale Aufgabe des organisierten Liberalismus beschreiben, weisen in die richtige Richtung. Das liegt natürlich auch am Bundesvorsitzenden Christian Lindner und dem neuen Bundesgeschäftsführer Marco Buschmann, die mir persönlich in Gesprächen und über ihre Beiträge schon vor Jahren den Eindruck vermittelt haben, mein Konzept der qualitativ verstandenen Freiheit könne einmal einen politischen Unterschied machen.

Ein Schlusswort zu Ihrem neuen Buch?

Ich wünsche dem Buch neugierige Leser, die sich auf das faszinierende Abenteuer konsequenten liberalen Denkens einlassen wollen. Es ist ein Angebot zum Mit- und Selbstdenken, zur Befreiung der eigenen Optik von blinden Flecken. Ich glaube, Freiheit qualitativ zu denken, setzt eben jene Kreativität frei, die unsere Welt so dringend braucht – das will ich ermöglichen, und dazu will ich ermutigen.



„Nur eine Freiheit, die allen Zivilisationen gerecht wird und sich kosmopolitisch verantwortet, kann auch dauerhaft weltweit überzeugen.“

<http://bit.ly/2niRkF5>



Freiheit verpflichtet.
Verantwortung befreit.
Broschüre/PDF



„Ein Einwanderungsgesetz bietet die Chance, ein Selbstverständnis dafür zu entwickeln, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.“

Cornelia Schu über Schönwetterrecht, die Wichtigkeit von Freunden und Toleranz **Integration ist keine Einbahnstraße**

<http://bit.ly/2mQiTGM>



Flüchtlingspolitik
Broschüre/PDF



Dr. Cornelia Schu
Geschäftsführerin des
Sachverständigenrats
deutscher Stiftungen
für Integration und Migration

Wie wird ein Einwanderungsgesetz, das auch für schon im Land befindliche Migranten gilt, Teil einer erfolgreichen Integrationsstrategie?

Ein Einwanderungsgesetz bietet die Chance, ein Selbstverständnis dafür zu entwickeln, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Außerdem könnten in einem Einwanderungsgesetz eine zuvor entwickelte migrationspolitische Gesamtstrategie umgesetzt, alle Einzelregelungen zur Zuwanderung aus der EU und aus Drittstaaten zusammengeführt und Arbeitsmigration, Familiennachzug, Zuzug von internationalen Studierenden und Flüchtlingen zusammengeführt werden. Bei der Steuerung der Flüchtlingsmigration kommt es vor allem auf eine faire Verteilung von Flüchtlingen in der EU an. Bei der Arbeitsmigration sollten die bewährten Neuregelungen der letzten Jahre und die grundsätzliche Arbeitsmarkterdung erhalten bleiben.

Könnten Elemente eines Zuwanderungsmanagementsystems wie des kanadischen Express Entry Vorbild sein?

Es gibt längst eine Tendenz zur Konvergenz – mit der Folge, dass sich die Politik zahlreicher Einwanderungsländer einander annähert. Gerade Kanada und Deutschland haben sich beispielsweise in der Arbeitsmigrationspolitik stark aufeinander zubewegt: Kanada hat sich von seinem ausschließlich an der Qualifikation der Bewerber orientierten Punktesystem verabschiedet, während Deutschland sein Prinzip „Keine Zuwanderung ohne Arbeitsvertrag“ aufgegeben hat. Drittstaatsangehörige mit Hochschulabschluss erhalten seit 2012 ein Visum zur Arbeitssuche, ohne dass ein Arbeitsvertrag vorliegen muss. Eine ähnliche Regelung gilt mittlerweile auch für nicht akademische Fachkräfte.

Welche Herausforderungen sind für Sie die wichtigsten, denen sich die Deutschen und die Flüchtlinge stellen müssen?

Für Flüchtlinge mit Schutzstatus beginnt ein neues Leben in Deutschland. Deutschland wird zu ihrer neuen Heimat. Wir müssen die Grundlagen dafür schaffen, damit sie sich hier eine neue Existenz aufbauen können. Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive sollten daher so rasch wie möglich Integrationskurse besuchen können. Außerdem müssen sie frühzeitig einen Arbeitsplatz finden, der möglichst ihrer Qualifikation entspricht. Für Kinder und Jugendliche spielt Bildung eine Schlüsselrolle. Die Angebote muss Deutschland schaffen – die rechtlichen Weichen hierfür sind auch weitgehend gestellt.

Integration ist aber keine Einbahnstraße. Auch wenn die Flüchtlinge sicher eine größere Anpassungsleistung erbringen müssen, ist auch von uns die Bereitschaft zur Veränderung gefragt.

Welche Beispiele sind in Ihren Augen gute Beispiele für gelungene Integration?

Deutschkenntnisse, eine vernünftige Unterkunft und Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass Integration gelingt. Nicht zu unterschätzen sind persönliche Kontakte. Wer Freunde findet, wird sich in Deutschland eher zu Hause fühlen.

Axel Prahl und Andreas Dresen

Discussion in Concert

Axel Prahl und Andreas Dresen



35

Politische Diskussionen können auch Spaß machen! Das ist wohl die wichtigste Erkenntnis des Abends. Tatort-Kommissar Axel Prahl und Regisseur Andreas Dresen (Halbe Treppe, Nachtgestalten) diskutierten in Berlin über die Macht der Kultur, die Entpolitisierung und den Bildungsauftrag öffentlich-rechtlicher Sender. Anschließend traten beide mit ihrer Band auf und boten den Gästen ein fulminantes Konzert, das diesen interessanten Kulturabend so schnell nicht vergessen lässt.

Aller Ausgelassenheit zum Trotz versäumte es Zsuzsa Breier, Kulturpolitikerin und hessische Europastaatssekretärin a. D., nicht, in ihrem Impulsvortrag auf die Terroranschläge in Brüssel hinzuweisen, die tags zuvor 35 Todesopfer und mehr als 300 Verletzte gefordert hatten. Man sei erschüttert und in Gedanken bei den Opfern. Es sei aber auch Aufgabe aller, unseren freiheitlichen Lebensstil gerade vor dem Hintergrund solcher schrecklicher Tragödien weiterzuführen.



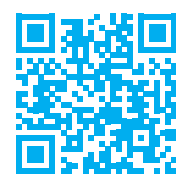
„Denken war im Osten nicht unbedingt erwünscht, aber wenn wir Selbiges nicht getan hätten, würden wir jetzt hier nicht in dieser Form sitzen.“

Ganz in Breiers Sinne versuchten Axel Prahl und Andreas Dresen in der folgenden Diskussion, die souverän und kenntnisreich von Johannes Paetzold (radioeins) moderiert wurde, im Wortgefecht den Lebensalltag wiederherzustellen. Auf Dresens Anmerkung, dass in der DDR großflächig Zensur betrieben wurde, merkte Prahl süffisant an, dass es diese im Westen ab und zu auch gab. Ihm wurde seinerzeit etwa die Musik von „Ton Steine Scherben“ von der Heimleiterin verboten.

„Denken war im Osten nicht unbedingt erwünscht, aber wenn wir Selbiges nicht getan hätten, würden wir jetzt hier nicht in dieser Form sitzen.“ Mit Sorge betrachtete Dresen das politische Desinteresse in weiten Teilen der Bevölkerung. Gerade kritische Filme seien heutzutage nicht mehr massentauglich. Es sei aber auch das Versäumnis der schulischen Bildung. Auch diese Auseinandersetzung mit Kultur und Medien müsse gelernt werden. Das solle am besten im Unterricht stattfinden. Frankreich sei in dieser Beziehung viel weiter.

Dieser These stimmte Prahl ausdrücklich zu, nahm hier aber auch die Medien in die Pflicht. Gerade öffentlich-rechtliche Fernsehsender hätten einen Bildungsauftrag, den sie stärker wahrnehmen müssten. „ARD und ZDF haben einen Bildungsauftrag und den sollen sie erfüllen!“, so Axel Prahl.

Im nachfolgenden Konzert nahmen sie immer wieder Bezüge zur vorangegangenen Diskussion.

<http://bit.ly/2mmPaox>
Kulturforum
Video

Dr. Zsuzsa Breier
Hessische Europastaatssekretärin a. D.

Typisch deutsch

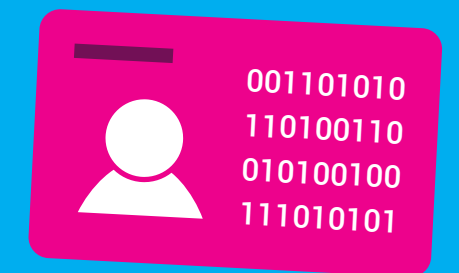
#DigitalFails

Die Digitalisierung bietet große Chancen für ein modernes Gemeinwesen. Hier haben wir zusammengestellt, welche Digitalisierungsbaustellen es noch gibt.



De-Mail

Der einzige Mailedienst ohne Nutzer.



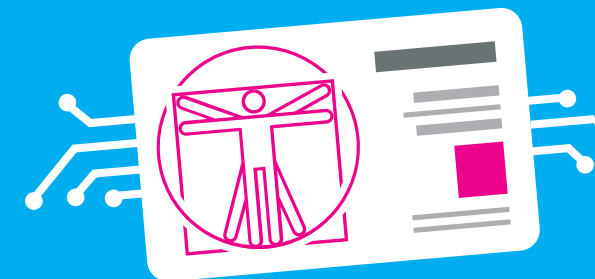
Digitaler Personalausweis

Der einzige digitale Ausweis ohne wirkliche digitale Funktion.



Online-Terminvergabe in Berliner Bürgerämtern

Das einzige Buchungstool, bei dem man nur nachts Termine bekommt.



Elektronische Gesundheitskarte

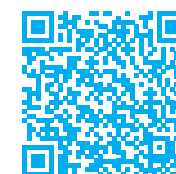
Die einzige Gesundheitskarte, deren System krankt.



Free WiFi-Berlin

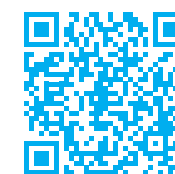
Das einzige WLAN, das bei Regen nicht funktioniert.

<http://bit.ly/2mmX0yD>



Smart Government
Broschüre/PDF

<http://bit.ly/2mngkvG>



Digitalisierung
Broschüre/PDF



und viele mehr

Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit haben die Frage erörtert, wie sich die Gesellschaft durch die digitale Revolution ändern wird.

Adrian Lobe, Journalist:
„Big Data – Aufbruch in eine goldene Zukunft?“

Lobe definierte den Begriff „Big Data“ und führte Beispiele an, wie Big-Data-Technologien bereits heute unser Leben beeinflussen. Zentrale Themen: das Potenzial von Wahlmanipulation durch soziale Netzwerke und die Analyse der „Happiness“ am Arbeitsplatz.

Tilman Lesch, Data Scientist:
„Big Data – Wege zum Glück?“

Lesch, Altstipendiat und promovierter Data Scientist, erläuterte die technischen Grundlagen von Big-Data-Technologien: die technisch aufwendigere Variante durch eine ausführliche Analyse der Objekteigenschaften, die den Kunden interessieren, und die Kombination aus User-Rating und weniger detailreichen Eigenschaften. Zudem berichtete er über die Vorhersage von Persönlichkeitsmerkmalen anhand von Facebook-Likes. Aufgrund weniger Likes kann das Geschlecht mit 93 Prozent, die Religion mit 82 Prozent und der Beziehungsstatus mit 67 Prozent vorhergesagt werden. Im Vergleich zum Menschen können Algorithmen einen Nutzer auf Basis von zehn Likes besser vorhersagen als Arbeitskollegen. Mit 150 Likes kennen Algorithmen den Menschen besser als Familienmitglieder.

Hannes Grassegger, Netzökonom:
„The winner takes it all“

Der Netzökonom Hannes Grassegger erläuterte die oft verwendeten Möglichkeiten der Bepreisung digitaler Daten. Es lasse sich eine perfekte Konsumnachfragekurve eines jeden Einzelnen errechnen. Grassegger erkennt nicht nur die Ausbeutung seitens der Datenindustrie, sondern auch die Vorteile, die sich daraus ergeben. Deshalb sei die einzig praxistaugliche Antwort gegenüber Datensammlern, die persönlichen Daten zu unserem Eigentum zu erklären. Erst dann könnten wir darüber bestimmen, welche Daten von uns genutzt werden und welche nicht. Der Workshop „Digitale Selbstverteidigung“ zeigte auf, wo man persönliche Daten preisgibt, ohne es zu bemerken. Als Beispiel wurden sogenannte Probe-Requests gezeigt, Datenpakete, die alle

Smartphones, Tablets und Laptops mit eingeschaltetem WLAN regelmäßig mit den Namen ihnen bekannter WLAN-Netzwerke aussenden, um sich zu verbinden, sollte eines der Netzwerke in Reichweite sein. Anschließend wurde demonstriert, wie unter anderem Facebook öffentlich Informationen über die mit einem beliebigen Facebook-Account verknüpfte E-Mail-Adresse anzeigt und wie dieses Risiko bei Verwendung der Anonymisierungslösung „Tor“ deutlich verringert werden kann. Als hilfreiche Tools zum Schutz der eigenen Daten wurden das Informationsportal selbstauskunft.net, der E-Mail-Adressen-Verschleiер spamgourmet.com und der Werbeblocker uBlock Origin vorgestellt.

Big Data Zauberlehrling oder Meister: Wie gestalten wir die digitale Revolution?



Liane Knüppel
Vorsitzende des Verbandes
der Stipendiaten und
Altstipendiaten (VSA)

Die Förderung des politischen Nachwuchses und die Bildung von Netzwerken begabter junger Menschen sind immer ein besonderes Anliegen von Liane Knüppel. Die Diplom-Pädagogin wurde erstmals 2010 zur Präsidentin des Verbandes der Stipendiaten und Altstipendiaten (VSA) der Stiftung gewählt. Weitere Informationen zum Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten: www.vsa-freiheit.org

Teilnehmer des
Stipendiatenseminars „Big Data“

Der digitale Fortschritt verändert unser
Privatleben, unsere Arbeitswelt und unsere
Wirtschaft nachhaltig.



Die digitale Welt
ist eine Tatsache.



SMARTschool

Welche Schulen brauchen unsere Kinder?

Unsere Zukunft drückt heute die Schulbank.
Wir brauchen mehr Digitalisierung im Unterricht für mehr digitale Kompetenz und eine individuellere Förderung jedes einzelnen Schülers.

96%

der Lehrer finden, dass Schüler durch den Computer- und Internet Einsatz motivierter sind.

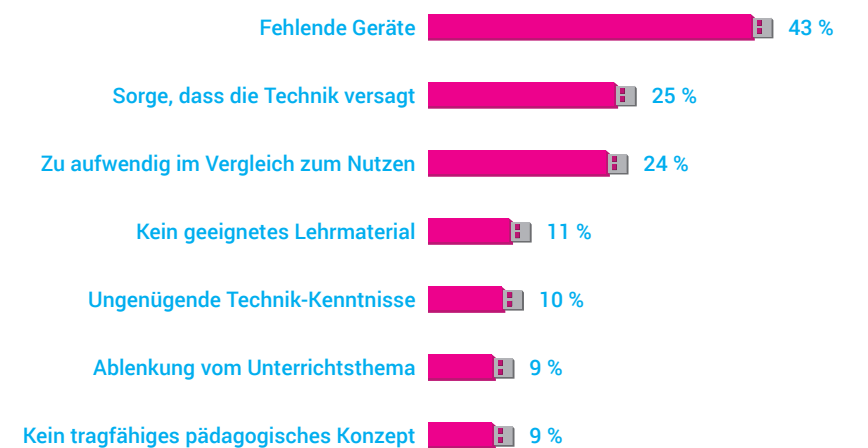
Quelle: VBE, Learntec, Bitkom, 2016



SMARTschool
Liberale Ideen für die Schule der Zukunft
Unsere Studie zum Thema

Lehrkräfteumfrage

Aus welchen Gründen können Sie digitale Medien im Unterricht nicht einsetzen?

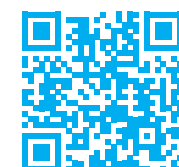


Quelle: VBE, Learntec, Bitkom



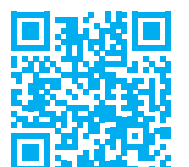
„Was kann man damit machen?“
Kinder entdecken analoge Geräte –
unser Film zum Thema #SMARTschool

<http://bit.ly/2m9DWa1>



#SMARTschool
Studie/PDF

<http://bit.ly/2nabXUs>



#SMARTschool
Video



„Es geht darum, unseren Kindern beizubringen, die digitale Welt nicht nur zu konsumieren, sondern sie selbst zu verstehen und gestalten zu können.“

Verena Pausder

Die digitale Welt ist eine Tatsache

Verena Pausder entwickelt erfolgreich Apps für Vorschulkinder und ist Expertin für digitale Bildung.



Anfang des Jahres haben Sie in Berlin die Digitalwerkstatt eröffnet. Dort sollen Kinder an die digitale Welt herangeführt werden. Warum ist dieses Projekt besonders wichtig?

Digitale Bildung von Kindern wird in Zukunft eine große Rolle spielen und bisher fühlt sich – zumindest in Deutschland – noch niemand wirklich für dieses Thema verantwortlich. Aus unserer Sicht bedeutet Medienkompetenz nicht nur richtige Anwendung, sondern vor allem auch eigene Kreativität und Gestaltung.

Wie sieht für Sie eine sinnvolle und zielorientierte digitale Bildung aus? Ab welchem Alter sollte sie stattfinden?

Aus meiner Sicht sollte digitale Bildung in der ersten Klasse beginnen. Und ganz wichtig ist es, dass digitale Bildung nicht nur bedeutet, dass wir analoge Inhalte auf digitalen Geräten vermitteln, sondern dass wir darüber hinaus unseren Kindern Programmieren beibringen, die Hardware erklären. Nur dann befähigen wir sie, die Zukunft mitzugestalten und nicht nur zu konsumieren.

Die meisten Eltern fürchten, dass ihre Kinder bald nur noch vor dem Tablet oder Smartphone sitzen werden. Was sagen Sie den skeptischen Eltern?

Die digitale Welt ist eine Tatsache. Die können wir nicht ignorieren. Und deswegen müssen wir unsere Kinder schrittweise und mit Regeln an digitale Geräte und das Netz heranzuführen und bei der Auswahl von Inhalten nah an ihnen dranbleiben. Es geht nicht darum, das Kinderzimmer digital zu übernehmen. Es geht darum, unseren Kindern beizubringen, die digitale Welt nicht nur zu konsumieren, sondern sie selbst zu verstehen und gestalten zu können. Aus meiner Sicht sind wir in Deutschland ganz vorn mit dabei, wenn es darum geht, die Risiken zu diskutieren, aber wir verschließen uns eher vor den Chancen. Da wünsche ich mir eine unverkrampftere Herangehensweise.

Worin liegt der Unterschied im Umgang mit digitalen Geräten zwischen Kindern und Erwachsenen?

Kinder sind viel unbeschwerter und haben keine Angst. Sie probieren digitale Geräte und Inhalte einfach aus und nutzen diese intuitiv. Sie brauchen keine Anleitungen, Erklärvideos und Hilfe, sie erkunden diese Welt ohne Scheu. Deswegen ist die Hauptaufgabe von Eltern und Erwachsenen, sie in ihrem unbeschwerten Selbstbewusstsein zu bestärken, ihnen bei der Auswahl der richtigen Inhalte zu helfen und ihnen klare Regeln für die Nutzung vorzugeben. Es ist eine Illusion zu denken, dass Kinder das richtige Maß für die Nutzungsdauer haben. Das haben wir Erwachsene ja auch nicht.

Welches sind Ihre Top-3-Tipps für Eltern, um den eigenen Kindern einen gesunden Umgang mit der digitalen Welt zu vermitteln?

1. Jede Familie muss für sich selbst definieren, welchen Umgang sie ihren Kindern mit digitalen Spielen und Geräten gewährt. Da kann niemand helfen oder Richtlinien verfassen.
2. Es braucht ganz klare Regeln für die Nutzung digitaler Geräte. Wer sein Kind digitale Geräte unbegrenzt nutzen lässt, handelt verantwortungslos.
3. Apps und digitale Geräte können auch Kreativwerkzeuge sein, wenn wir sie als solche nutzen. Gute Apps lassen Kinder ihre Kreativität entfalten und eigene Ideen in die Tat umsetzen.

Im Gespräch mit Thomas Sattelberger Humboldt 2.0

Ist die Jugend von heute auf das Leben vorbereitet?

Es ist nicht die Schuld der Schüler, dass sie mit Naivität ihre Berufsentscheidung treffen. Das, was sie an der Schule in Sachen Berufsorientierung mitbekommen, ist extrem lückenhaft. Eine Allensbach-Studie im Auftrag der Vodafone-Stiftung hat die Orientierungslosigkeit der Schulabgänger belegt: Danach fehlen 54 Prozent der Schüler an Sekundarschulen ohne gymnasiale Oberstufe absolut grundlegende Informationen dazu, welche Ausbildungswege es überhaupt gibt. Selbst 62 Prozent der Gymnasiasten sagen, zu wenig über bestimmte Studiengänge zu wissen. Die Schüler müssen erleben, was ein Beruf ist. Sie müssen es fühlen, riechen und schmecken. In den Schulen gibt es erheblichen Handlungsbedarf.

Das bringt uns zu einer fast philosophischen Frage: Muss Schule nützlich sein?

Wenn man Nutzen nicht nur ökonomisch definiert, kann und muss Schule nützlich sein. Wenn man es ökonomisch betrachtet – erst recht! Schule sollte Wissen, Fertigkeiten, Fähigkeiten, Haltung und Mentalität vermitteln, damit die Schüler im Leben bestehen können – Wissen, das sie als Arbeitnehmer oder Unternehmer, als Konsumenten und Verbraucher, als Gründer oder Freiberufler befähigt, wirtschaftliche Sachverhalte zu verstehen. Im besten humboldtschen Sinne: eine ganzheitliche Ausbildung. Humboldt 2.0 sozusagen.

Ein anderes Stichwort in diesem Zusammenhang ist der „Akademisierungswahn“. Verschulen unsere Schulen?

Meiner Meinung nach wird der Akademisierungswahn immer von denen angeführt, die ihre Kinder geradezu selbstverständlich auf die Universität schicken. Wenn man die Zahlen ansieht, ist man ernüchtert. Es fehlen bis zum Ende des Jahrzehnts 200.000 bis 300.000 Akademiker insbesondere in den Bereichen Pflege und MINT. Im selben Zeitraum fehlen 1,5 bis 1,7 Millionen Fachkräfte. Da kann die Lösung doch nicht sein, das eine Loch zu stopfen, indem man ein anderes aufreißt. Eine entwickelte Wirtschaft wie die deutsche braucht beides: Praxis und Wissenschaft. Es ist einfach so, dass die Aufgabenstellungen komplexer werden und die Anforderungen an analytisches Denken und das Erkennen von Zusammenhängen steigen. Eigentlich ist das die Verwissenschaftlichung von Bildung.

Das Potenzial für die Fachkräfteentwicklung liegt woanders: Es gibt 7 Millionen Menschen, die ohne Berufsausbildung oder als Angelernte arbeiten. 1,3 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine Berufsausbildung. Da können wir ansetzen. Und wir brauchen qualifizierte Einwanderung. Auch die Firmen sind nicht unschuldig. Wenn sie ihre Führungspositionen nur noch mit Akademikern besetzen, senden sie eindeutig das Signal, dass eine berufliche Ausbildung nicht zur Führungskraft taugt.

Wo sehen Sie gute Lösungsansätze?

Ein Ansatz zur Lösung ist Dualität: eine durchgängige duale Bildung. Durch die Verbindung von beruflicher Praxis und schulischer Bildung kann die hergebrachte Spaltung zwischen beruflicher und akademischer Bildung überwunden werden.

„Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann 'ne Gedichtsanalyse schreiben. In 4 Sprachen.“ Naina Kümmel in einem Tweet



Thomas Sattelberger

ist Vorsitzender der Initiative MINT – Zukunft schaffen und des Vereins ZukunftsAllianz – Arbeit & Gesellschaft.



Angela Merkel am Ende? ... Gerhard Schröder vor dem Comeback? ... Die politische Klasse im Pakt mit dem Teufel? Manfred Richter und Michael Roick nehmen in ihren kabarettistischen und parodistischen Randnotizen mit Songs und Szenen den Berliner Parlamentsbetrieb, das Regierungshandeln in Bund und Ländern und die kleinen menschlichen Unzulänglichkeiten der dortigen Akteure mit heiterer Miene aufs Korn.

Sie wissen, wovon sie sprechen, denn beide kennen das Innenleben des politischen Betriebes. Manfred Richter ist als Schatzmeister Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Er war Mitglied der Bremer Bürgerschaft und des Deutschen Bundestages sowie Oberbürgermeister von Bremerhaven. Michael Roick ist hauptberuflich in der Politischen Bildung tätig und leitet das Regionalprogramm der Stiftung.

Manfred Richter und Michael Roick

Satire aus dem Maschinenraum der Politik

Richter und Roick beleuchten die Absurditäten und Skurrilitäten des Berliner Politzirkels durch einen Blick von außen.

In der ganzen Republik haben Richter und Roick inzwischen ihr Publikum fasziniert. Dabei greifen die Kabarettisten auf ihren ganzen Erfahrungsschatz zurück: So ist Richter zudem Mitglied des Bremerhavener Kabarett-Ensembles „Die Müllfischer“. Selbst als er in den 90er-Jahren Oberbürgermeister seiner Heimatstadt wurde, trat er weiter als Kleinkünstler auf – liberale Volksnähe und Bodenständigkeit par excellence. Richter und Roick bedienen sich in ihrem Kabarettprogramm eines besonderen dramaturgischen Kniffs: Sie beleuchten die Absurditäten und Skurrilitäten des Berliner Politzirkels durch einen Blick von außen. Wenn etwa der französische Staatspräsident Hollande seiner „Angéla Merkel“ ein Liebeslied singt oder wenn kein anderer als Mephisto persönlich seinen Einfluss auf Politgrößen von gestern

und heute gesteht, werden die Verwerfungen unterhalb der wahrgenommenen Normalität politischer und medialer Rituale sichtbar und in satirischer Schärfe aufgespießt. Auch Ex-Kanzler Schröder spielt eine Rolle in ihren Auftritten. Die Themen liegen für die Kabarettisten auf der Straße. So greifen sie das Berliner Behördenchaos auf, wo es nahezu unmöglich ist, innerhalb von acht Wochen einen Termin zu bekommen. Eine Steilvorlage für das Bühnenprogramm: Auf der Website des Senats, „Serviceportal“ genannt, gibt es zusätzlich den Hinweis „Ein Termin bietet keine Garantie zur Dienstleistungserbringung“. Das ist Realsatire pur und politische Realität zugleich. Kein Wunder, dass die kabarettistischen Abende mit „Dichtung und Wahrheit“ betitelt werden. Die Tournee wird 2017 fortgesetzt.



Michael Roick als Mephisto und
Manfred Richter

Säe, aber sei
zum Sturm bereit.



Thomas Straubhaar und Karl-Heinz Paqué Fairer Generationen-Ausgleich

Sind Sie optimistisch, wenn es um die Altersvorsorge in Deutschland geht?

Thomas Straubhaar: Nicht so sehr, aber das hat vor allem mit politischen Entscheidungen zu tun. Ganz offensichtlich sind in der Politik die Signale auf eine Maximierung der Wählerstimmen gesetzt worden, indem Geschenke an die heutigen Rentnerinnen und Rentner verteilt wurden, die auf lange Sicht so nicht finanziert werden können.



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Wir haben also vor allem ein politisches Problem, Professor Paqué?

Karl-Heinz Paqué: Mein Optimismus beruht darauf, dass wir noch viele Möglichkeiten haben, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen. Das gilt vor allem für Menschen zwischen 60 und 70 Jahren. Es gilt, diese Gruppe stärker darin zu motivieren, länger zu arbeiten. Durch die demografische Entwicklung werden viele Ältere aus dem Arbeitsleben ausscheiden, wir werden es mit einer Fachkräfteknappheit in Deutschland zu tun haben. Viele Arbeitgeber werden daran interessiert sein, ältere Arbeitnehmer länger zu beschäftigen. Was die Bundesregierung allerdings gemacht hat, geht in die falsche Richtung.

Wenn es zwei große Volksparteien mit mangelnder Beweglichkeit in dieser Frage gibt: Wo werden Mehrheiten jenseits dieser Politik zu finden sein?

Karl-Heinz Paqué: Es gibt immer noch die Liberalen, die diese Position deutlich machen können. Ich kann mir aber vorstellen, dass in den nächsten Jahren auch bei den Volksparteien eine gewisse Vernunft einkehren wird.



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

<http://bit.ly/2mpLdRJ>



Altersvorsorge
Broschüre/PDF



„Ältere wollen keinen Generationenkrieg, sondern gemeinsam mit den Jungen ein lebenswertes Deutschland aufbauen.“

Eintrittsalter, Rentenniveau, Beitragshöhe, private und betriebliche Vorsorge – was kann die Politik darüber hinaus noch tun?

Thomas Straubhaar: Wir müssen nicht nur länger, sondern vor allem produktiver arbeiten und das Wissen der Älteren stärker nutzen als bisher. Wenn es gelingt, mehr Geld für die Bildung Jüngerer in die Hand zu nehmen, ist morgen schon viel gewonnen. Es ist aber bei Weitem nicht alles im Lot. Es gibt einen langfristigen Veränderungseffekt durch die Digitalisierung.

Was hat das mit der Rente zu tun?

Thomas Straubhaar: Unser Rentensystem basiert auf den Lohnbeiträgen der unselbstständig Beschäftigten. Wir brauchen eine breitere Grundlage zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Früher oder später wird es zu einer Entkoppelung von durchschnittlichem Verdienst und durchschnittlicher Rentenhöhe kommen.

Stimmen Sie der Prognose zu, Professor Paqué?

Karl-Heinz Paqué: Ja, und ich möchte noch einen Punkt hinzufügen: Die private Altersvorsorge ist auch dadurch in einer Krise, dass wir sehr niedrige Realzinsen haben. Daran wird sich in absehbarer Zeit nichts ändern. Dann brauchen wir jedoch für die private Altersvorsorge über kapitalgedeckte Fonds neue Formen der Geldanlage.

Durch übermäßige Regulierung dieser Fonds werden die Gelder heute vor allem in wenig renditeträchtige Staatsanleihen gezwungen, die nichts mehr bringen.

Hier brauchen wir ein Stück weit eine Liberalisierung, denn es lassen sich noch Renditen erzielen – aber nur, wenn man Aktien und andere Anlageformen länger hält. Diese Möglichkeiten muss man Lebensversicherungen und Fonds öffnen.

Versuchen Sie, die Generation der Rentner und jene, die kurz vor der Rente stehen, davon zu überzeugen, dass sie bei ihrer Wahlentscheidung auch an nachfolgende Generationen denken?

Thomas Straubhaar: Wir müssen der älteren Generation klarmachen, dass in einem Umlagesystem die Rente immer von der jüngeren Generation erwirtschaftet werden muss. Und wir sollten uns von dem Gedanken lösen, dass Ältere zwangsläufig gebrechlich sind.

Karl-Heinz Paqué: Ich glaube, dass ältere Menschen schon heute sehr verantwortungsvoll sind. Die meisten haben Kinder und Enkel, denen sie eine nachhaltige Zukunft wünschen. Dieses Lebensgefühl müssen wir politisch ansprechen. Ältere wollen keinen Generationenkrieg, sondern gemeinsam mit den Jungen ein lebenswertes Deutschland aufbauen.



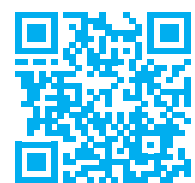
„In Kiel entstehen eine Menge guter Ideen, und jede findet auch das passende Unterstützungsumfeld.“

Gründerstandort Kiel Kiel, be innovative!



Dr. Anke Rasmus
leitet das Zentrum für Entrepreneurship
an der Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel. Das Zentrum ist Partner der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

<http://bit.ly/2mWztq1>



Kiel, be innovative!
Trailer

Vollbesetzter Hörsaal zur
Abschlussveranstaltung in der
Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel

Wie beurteilen Sie das Gründungsgeschehen am Hochschulstandort Kiel?

In Kiel haben wir eine sehr gut vernetzte und sich selbst befruchtende Gründerszene, natürlich begünstigt durch die drei Hochschulen mit ihren kreativen Studenten, Absolventen, Wissenschaftlern und ihren Unterstützungsangeboten. Initiativen wie „opencampus“, „startkitchen“ und „yooweedoo“ haben sich erfolgreich etabliert, und neue Projekte wie der „Alte Mu Impuls – Werk e. V.“ bilden sich gerade. In Kiel entstehen eine Menge guter Ideen, und jede findet auch das passende Unterstützungsumfeld. Man braucht also nicht extra nach Berlin schauen, um den Gründergeist zu spüren.

Plaudern Sie ein bisschen aus dem Nähkästchen. Welche Themen stehen hoch im Kurs bei den Gründern und Ideengebern, die Sie unterstützen?

Natürlich beschäftigen sich viele, vor allem auch studentische Gründungsvorhaben, mit digitalen Geschäftsvorhaben. Dazu gehören verschiedene Plattformmodelle für individuelle Bedarfe wie Mode, Ernährung oder Fitness. Aber auch die Verbundenheit zur Region nimmt an Bedeutung zu.

Es findet nicht nur die Reihe „Kiel, be innovative!“ statt, sondern auch der „start-up friday“. Worum geht es hier?

Das „start-up friday“-Programm nimmt wiederkehrende Fragestellungen aus unseren Gesprächen mit Gründern auf. Jeden Freitag kommen Unternehmer, Gründer und Berater zu uns und besprechen ein anderes Gründungsthema. Geschäftsmodellentwicklung, Lean-Start-up, Investorenpitch, Online-Marketing und viele andere stehen auf unserer Agenda. Hier geht es nach einer Einführung ins Thema immer um die Weiterentwicklung der eigenen individuellen Gründungsidee. Seit dem Start vor zwei Jahren stößt der „start-up friday“ bei Studierenden und Wissenschaftlern aller Kieler Hochschulen, aber auch bei Gründern auf großes Interesse.

Auf welche Veranstaltung der „Kiel, be innovative!“- Reihe freuen Sie sich am meisten?

Diese Reihe, die wir ja gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung entwickelt haben, beinhaltet viele hoch spannende Themen – da gefällt mir eigentlich alles gut, und ich bin mir sicher, dass für jeden etwas dabei ist.

Das Zentrum für Entrepreneurship an der CAU Kiel ist noch recht jung. Welche Aufgaben haben Sie im Universitätsgefüge?

Das Zentrum für Entrepreneurship berät und unterstützt Gründungsinteressierte der Uni. Das reicht von Studierenden, die eine freiberufliche Tätigkeit anstreben, bis zu Forschern, die wissens- und technologieorientierte Ausgründungen aus der CAU planen.

Die Ausgründungsvorhaben sind so unterschiedlich wie unser Unterstützungsangebot. Neben individuellen Beratungen zu Geschäftsideen stellen wir Kontakte zu unseren Partnern her, wie zur IHK zu Kiel, zur Kieler Wirtschaftsförderung und zu den Förderbanken, beraten aber auch selbst zu Finanzierungsmöglichkeiten, beispielsweise zur EXIST-Förderung oder zum Gründungsstipendium Schleswig-Holstein. Daneben bieten wir jedes Semester ein neues buntes Veranstaltungsprogramm an: von Vortragsreihen wie in diesem Semester „Kiel, be innovative!“, über „Meet an Entrepreneur“ bis zum „start-up friday“. Wichtig ist uns, dass jeder mit seiner Idee bei uns einen Ansprechpartner für die meist sehr individuellen Bedürfnisse findet.



Dürfen wir sie
auskosten, wenn sie uns
geschenkt wird?

<http://bit.ly/2mz2GwM> <http://bit.ly/2mFf7BY>

Die Antwort geben unsere
Imagebroschüre und
unser Imagefilm.



Imagebroschüre
PDF



Imagefilm
Video

Gutachten

Geplante Bargeld-Obergrenze verhindert keine Geldwäsche

„Bargeld hat eine verfassungsrechtliche Bedeutung als Schutz der Freiheit vor totalitärer Kontrolle und Schutz des Eigentums vor konfiskatorischem Übergriff.“

Die Pläne der Bundesregierung zur Einführung einer Obergrenze bei Barzahlungen basieren auf einer wissenschaftlich kaum tragfähigen Studie. Das ist Ergebnis eines Gutachtens von Professor Friedrich Schneider. Der Fachmann für organisierte Kriminalität und Schattenwirtschaft der Universität Linz hat im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Geldwäsche in Deutschland und weltweit beleuchtet.

Für Professor Schneider geht die Studie des Bundesfinanzministeriums von fragwürdigen Hochrechnungen aus, die zu einer nicht nachvollziehbaren Höhe des Geldwäschevolumens führten. „Tatsächlich spielt das Bargeld in der organisierten Kriminalität eine immer geringere Rolle, und die Kosten einer Abschaffung des Bargelds wären für den Bürger, der in 95 Prozent der Fälle Bargeld für legale Zwecke verwendet, eine sehr starke Einschränkung seiner Freiheitsrechte“, so Schneider.



Prof. Dr. Friedrich Schneider
Vorstand des Forschungsinstitutes
für Bankwesen der Johannes-Kepler-
Universität Linz

Das Gutachten wurde im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, der Deutschen Stiftung Eigentum, der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Stiftung Marktwirtschaft vorgestellt. Für Hermann Otto Solms, den Vorsitzenden des Stiftungsrates Deutsche Stiftung Eigentum, bürgt Bargeld für Freiheit: „Bargeld gefährdet nicht unsere Sicherheit und Freiheit, es bewahrt sie. Freiheit braucht Eigentum, und Eigentum schafft Freiheit. Lasst den Bürgern ihr Bargeld.“ Professor Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, erklärte: „Was der Staat nicht weiß, macht ihn weniger heiß: Bargeld hat eine verfassungsrechtliche Bedeutung als Schutz der Freiheit vor totalitärer Kontrolle und Schutz des Eigentums vor konfiskatorischem Übergriff.“

„Wir dürfen doch nicht das Eigentumsrecht für Millionen von Menschen massiv einschränken, nur um das Biotop für Geldwäsche zu verkleinern“, ergänzte Professor Karl-Heinz Paqué, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. „Wir verbieten ja auch nicht die Auslagen in den Schaufenstern des Einzelhandels, nur weil kriminelle Passanten zu Einbrüchen animiert werden könnten.“ Für Roland Tichy, den Vorsitzenden des Vorstandes der Ludwig-Erhard-Stiftung, ist es „absurd zu glauben, dass mit dem Bargeld auch die Kriminalität verschwindet. Es ist die Freiheit, die damit verschwindet.“



<http://bit.ly/2nMqvcn>



Unsere Studie zum
Thema Geldwäsche
PDF

Über die Gefahren für die Soziale Marktwirtschaft Säe, aber sei zum Sturm bereit

Im Potsdamer Lindenpark hat die Stiftung für die Freiheit einen Polit-Gig der besonderen Art veranstaltet. Der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Gerhardt diskutierte mit Linda Teuteberg, stellvertretende Vorsitzende der FDP Brandenburg, über die Frage: Wie kann man den Ängsten in der Bevölkerung, in der Sozialen Marktwirtschaft vom Wohlstand abgekoppelt zu werden, begegnen? Heinz Rudolf Kunze gab im Anschluss daran ein Solokonzert. „Säe, aber sei zum Sturm bereit“ – diesen Aufruf aus seinem Lied „Frei zu sein“ wollte er auch politisch verstanden wissen. „Ein großer Teil der Bevölkerung fühlt sich abgehängt“, sagte Kunze im Interview für freiheit.org.

„Jede neue Katastrophe spielt den Rechten in die Hände. Ich kann nur hoffen, dass diese relativ junge Demokratie in Deutschland stabil genug ist, diese Stürme zu überstehen.“

Werden die Globalisierungsverlierer abgekoppelt?

In den Analysen nach der US-Wahl taucht immer wieder die Frage nach der sozialen Ungleichheit auf, nach den Gewinnern und Verlierern der Globalisierung. Viele fühlen sich von den unbegrenzten Möglichkeiten des amerikanischen Traums entkoppelt. Auch in Deutschland ist diese Debatte neu entbrannt: Menschen empfinden unsere Wirtschaftsordnung als ungerecht, als nicht mehr sozial. Dabei ist die Soziale Marktwirtschaft eine Erfolgsgeschichte, die sich international auch immer wieder behauptet.

Wie bleibt die Marktwirtschaft sozial?

Woher kommt der Widerspruch zwischen Wahrnehmung und Fakten der Sozialen Marktwirtschaft und mit welchen liberalen Argumenten kann man diesen Widerspruch auflösen? „Ludwig Erhard hätte das Soziale nicht als Relativierung von Marktwirtschaft empfunden“, nahm Linda Teuteberg, selbst Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, Bezug auf den Gründervater der Sozialen Marktwirtschaft. Für Erhard sei klar gewesen: Marktwirtschaft schafft Wohlstand, der einen Sozialstaat überhaupt erst möglich macht. Dies sei also kein Gegensatz, vielmehr habe die Marktwirtschaft selbst etwas Soziales in sich – beispielsweise durch ein vielfältiges Warenangebot und im Verhältnis dazu niedrige Preise, die durch Wettbewerb entstehen.

„Wer sich heute über die Qual der Wahl zwischen vielen Telefontarifen beschwert, der vergisst schnell, dass selbst der schlechteste Tarif immer noch günstiger ist als früher die Bundespost.“ Diese Zusammenhänge jungen Menschen heute bewusst zu machen, sei Aufgabe der Politik. Wichtig sei es zudem, ein leistungsfähiges Bildungssystem sicherzustellen und Möglichkeiten zu schaffen, in ein Arbeitsverhältnis einzusteigen. Ebenso sei ein Rentensystem wichtig, das auch bei wechselnden beruflichen Tätigkeiten ein Auskommen im Alter sichert.

Erfolgsgeschichte ohne Nichtverschlechterungsgarantie

„Wir kennen kein einziges Land, das seinen Bürgern mehr soziale Sicherheit geboten hätte als die Länder, die sich zur Marktwirtschaft bekennen“, berichtete Wolfgang Gerhardt. Die Deutschen würden von vielen in Europa für ihre starke Wirtschaft beneidet. „Aber wir haben auch keine Nichtverschlechterungsgarantie“, hob Gerhardt hervor. „Wenn es in Deutschland keine risikofreudigen Menschen mehr gibt, die ein Geschäft eröffnen, werden wir weder unser soziales Sicherungsniveau noch unsere Wettbewerbsfähigkeit halten können.“

Ovationen für „Mister Deutschrock“

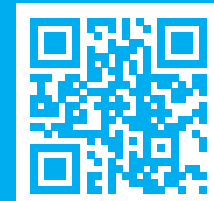
Im Anschluss an die Diskussion gab es ein Konzert mit Liedern und autobiografisch aufgeladenen Gedichten von Heinz Rudolf Kunze. Nach dem anderthalbstündigen Soloauftritt gab es stehende Ovationen, die mit zwei Zugaben belohnt wurden.

„Wir kennen kein einziges Land, das seinen Bürgern mehr soziale Sicherheit geboten hätte als die Länder, die sich zur Marktwirtschaft bekennen.“



Linda Teuteberg, Heinz Rudolf Kunze und Dr. Wolfgang Gerhardt

<http://bit.ly/2mKzGxs>



Dr. Wolfgang Gerhardt
im Interview
Video

<http://bit.ly/2mzLFtr>



Heinz Rudolf Kunze
im Interview
Video

„Die Politik muss endlich dafür sorgen, dass in Deutschland eine neue Gründerkultur wächst. Wenn Sie in den USA gründen wollen, gehen Sie in eine Garage. Wenn Sie in Deutschland gründen wollen, müssen Sie aufs Amt.“



Innovationsoffensive Neue Wege für Mittelstand und Gründer



Dr. Wolf-Dieter Zumpfort
Mitglied des Vorstandes
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Im Frühjahr 2016 hat die Stiftung für die Freiheit eine bundesweite Roadshow gestartet. Die Auftaktveranstaltung zur Reihe unter dem Titel „Innovationsoffensive Mittelstand und Gründer fördern“ fand in Bremervörde (Niedersachsen) statt.

In elf Städten Deutschlands tourte die Veranstaltungsreihe durch lokale klein- und mittelständische Unternehmen – mit Best-Practice-Tables zu konkreten Innovationsprojekten, Beratungen und Diskussionen zu Fördermöglichkeiten. Damit unterstützte die Stiftung zusammen mit ihren Kooperationspartnern, der AiF (Forschung · Technik · Kommunikation GmbH) und dem BVMW (Bundesverband mittelständische Wirtschaft, Unternehmerverband Deutschlands e.V.), Unternehmer und Gründer dabei, ihre Innovationsprojekte zu verwirklichen.

Der Roadshow-Koordinator der Stiftung für die Freiheit, Jan-Frederik Kremer, stellte fest, dass Gründer und Mittelständler Missgunst und Neid statt Anerkennung für ihren Mut und ihre Risikobereitschaft ernten. Daher habe sich die Stiftung mit Partnern zusammengetan, um eine breitere Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Die Politik sei gefragt, damit die Bundesrepublik auch in Zukunft in der Champions League der Volkswirtschaften mitspielen könne.

Wolf-Dieter Zumpfort, Vorstandsmitglied der Stiftung für die Freiheit, charakterisierte den Faktor Innovation „als Motor für Wohlstand, als Motor für Entwicklung und als Motor für die Zukunft unserer Kinder“. Die Veranstaltungsreihe der Stiftung habe gezeigt, dass es in Gesellschaft und Politik noch zu viel Skepsis und Hemmnisse gegenüber Innovatoren und Start-ups gebe. Er wünsche sich, dass es noch mehr politische Anstöße und Entwicklungsideen gebe, mit denen innovationsfreudige Unternehmen gefördert werden könnten.

Der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner sagte im Rahmen der Stiftungs-Roadshow: „Die Politik muss endlich dafür sorgen, dass in Deutschland eine neue Gründerkultur wächst. Wenn Sie in den USA gründen wollen, gehen Sie in eine Garage. Wenn Sie in Deutschland gründen wollen, müssen Sie aufs Amt.“

Aufgrund des regen Interesses wird die Roadshow im Jahr 2017 weitergeführt. Weitere Informationen gibt es unter www.freiheit.org/innovationsoffensive.

<http://bit.ly/2IHC6Nu>



Dr. Wolf-Dieter Zumpfort
im Interview
Video

<http://bit.ly/2m3zgOa>



Innovationsoffensive
Video

Adiós Populisten?



Trendwende in Lateinamerika? Adiós Populisten



Birgit Lamm

leitet das Regionalbüro Lateinamerika der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Sitz in Mexiko-Stadt.

Bei aller Verschiedenheit der Länder Lateinamerikas folgen die politischen Bewegungen doch ähnlichen Trends. Marktwirtschaft, Globalisierung und Freihandel wurden kritisiert. Liberalisierung und Integration in den Welthandel hatten Wachstum und weniger Armut gebracht, doch Ungleichheiten blieben. Staatliche Monopole wurden privatisiert, Gewinner war eine regierungsnah Elite, die mit „Marktwirtschaft“ ihr privates Business meinte. Die Finanzkrise 2008/09 verdrängte marktwirtschaftliche Ideen. Populisten wollten „wilden Marktauswüchsen“ Einhalt gebieten und Armut bekämpfen.

Linke Regierungen kamen an die Macht und setzten auf Eingriffe in die Wirtschaft, Marktabstottung und Sozialsubventionen. Hohe Rohstoffpreise erlaubten dies den Regierungen von Venezuela, Bolivien, Ecuador, Argentinien und Brasilien zunächst, doch der Preisverfall machte die Subventionsprogramme unbezahlbar.

Die Bevölkerung leidet unter Versorgungsengpässen und Inflation, einheimische Unternehmen sind international nicht wettbewerbsfähig, Korruptionsskandale erschüttern die Regierungen.

Verschiedene Länder, ähnliche Situationen

Spitzenreiter ist Venezuela mit einer Inflationsrate von circa 200 Prozent, dramatischen Versorgungsengpässen bei Medikamenten und Alltagsartikeln sowie extrem hoher Kriminalität. Die Venezolaner erteilten Präsident Maduro eine Abfuhr: Das Oppositionsbündnis gewann die Parlamentswahlen mit Zweidrittelmehrheit. Ähnlich in Argentinien: Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen machte der Oppositionskandidat und Ex-Bürgermeister von Buenos Aires, Mauricio Macri, das Rennen. Eine Inflation von circa 30 Prozent, Versorgungsengpässe und die Vetternwirtschaft der „Kirchneristas“ ließen die Argentinier die dauerregierenden Peronisten abwählen.

In Brasilien war Ex-Präsident Lula in den Korruptionsfall um den Erdölkonzern Petrobras verwickelt. Seine Nachfolgerin Rousseff wollte ihn zum Schutz vor Untersuchungen zum Minister machen, da reichte es den Brasilianern. Sie wurde des Amtes enthoben, die Bevölkerung ging gegen Vetternwirtschaft und Korruption auf die Straße. Boliviens Präsident Evo Morales, Vertreter der indigenen Bevölkerung, steht ebenfalls unter Beschuss.

Er wollte sich durch ein Referendum eine vierte Präsidentschaftskandidatur sichern, doch die Bolivianer stoppten ihn. Korruptionsfälle und seine Affäre mit einer Unternehmerin schlugen hohe Wellen und beeinflussten das Wahlergebnis.

Korruption und Vetternwirtschaft treiben Bürger auf die Straße.

Die katastrophale Regierungsbilanz sowie Korruption und Vetternwirtschaft treiben die Bürger auf die Straße. Das bekam auch der rechtskonservative Präsident General Otto Pérez Molina in Guatemala zu spüren. Ein Korruptionsfall um Abgeordnete und Kabinettsmitglieder zwang ihn und Vizepräsidentin Baldetti nach wochenlangen Demonstrationen zum Rücktritt – und in Untersuchungshaft. Der konservative Wahlsieger Jimmy Morales muss nun zeigen, ob er eine andere Politik durchsetzen kann. Die Menschen haben abgewirtschaftete Regierungen abgewählt. Sie haben für Zukunftshoffnung, einen Rechtsstaat und saubere Politik gestimmt, jedoch nicht für ein konkretes politisches Projekt.

Es ist Aufgabe der neuen Politiker, die Hoffnungen nicht zu enttäuschen. Oder wie ein argentinischer Abgeordneter sagte: „Wir sind zum Erfolg verurteilt. Ganz Lateinamerika schaut auf uns. Wenn unsere Reformpolitik nicht gelingt, hat das ernsthafte Konsequenzen für die ganze Region.“

Die katastrophale Regierungsbilanz sowie Korruption und Vetternwirtschaft treiben die Bürger auf die Straße.



Mehr über unsere Arbeit in Lateinamerika finden Sie unter:



freiheit.org/content/lateinamerika

Ein Populist gewinnt die US-Präsidentschaftswahlen Trump triumphiert

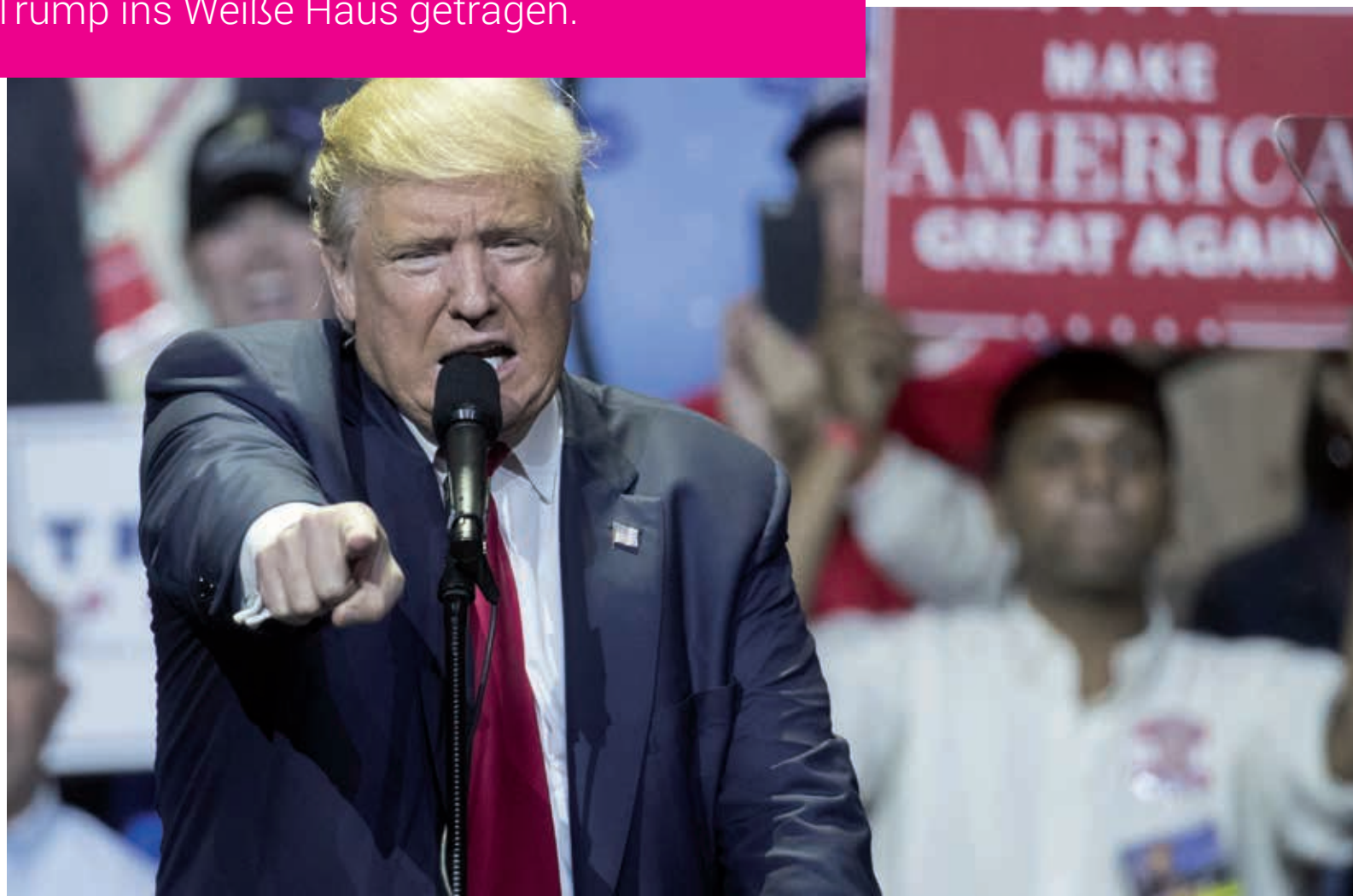
Die Demoskopen haben die Wut der Bürger auf das politische Establishment völlig unterschätzt. Genau diese Wut hat Donald Trump ins Weiße Haus getragen.

Dem politischen TOP-Ereignis des Jahres 2016 hat die Stiftung ein eigenes Online-Dossier gewidmet. Es enthält Analysen, Einblicke aus unserem Stiftungsbüro in Washington sowie Einschätzungen aus unseren Projektländern, die die aktuellen Entwicklungen einordnen helfen. Das Dossier wird fortlaufend ergänzt und aktualisiert unter [freiheit.org](http://bit.ly/2mFq1HN).

<http://bit.ly/2mFq1HN>



USA-Dossier



Die amerikanischen Wähler haben Geschichte geschrieben und für eine Riesenüberraschung gesorgt. Sie haben Donald Trump, den ultimativen Außenseiter, zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten und damit zum ersten Mal in der Geschichte der USA einen Kandidaten ins Weiße Haus gewählt, der keine militärische Erfahrung hat und noch nie zuvor in ein politisches Amt gewählt worden war.

Ungewöhnlicher Wahlkampf, ungewöhnlicher Wahlausgang

Wir blicken auf einen sehr ungewöhnlichen Wahlkampf zurück. Mit Hillary Clinton und Donald Trump schickten die beiden großen Parteien die wohl unbeliebtesten Kandidaten ins Rennen, die es je in der amerikanischen Geschichte gab. Allein die Ausgangssituation des Wahlkampfes war ungewöhnlich: Die Mehrheit der amerikanischen Wählerschaft gab in Umfragen an, dass sie mit der Richtung, in die sich das Land wirtschaftlich und politisch bewegt, unzufrieden ist. Diese Unzufriedenheit der Wähler mit dem Status quo der USA hat offensichtlich dem republikanischen Kandidaten Donald Trump geholfen, die Mehrheit im Wahlmännerkolleg zu gewinnen.

Wie schon bei den Vorwahlen hat genau diese Unzufriedenheit Trump den nötigen Rückenwind verliehen, um ins Weiße Haus zu stürmen. Die Wähler wollten einen Kandidaten, der nicht für das politische Establishment steht. Der themenlose Wahlkampf, der von persönlichen Attacken und Verunglimpfungen von beiden politischen Lagern dominiert wurde, führte letztendlich dazu, dass die Amerikaner nicht für die Zukunftsvision ihres Kandidaten bzw. ihrer Kandidatin stimmten. Vielmehr wählten sie das für sie persönlich kleinere Übel, um so das größere Übel zu vermeiden. Offensichtlich war Hillary Clinton in den Augen der Mehrheit der Wähler nicht das, was sie wollten. Sie haben den ungeliebten Außenseiterkandidaten über die ungeliebte Establishment-Kandidatin gestellt.

Trump überrascht in den „Swing States“.

Am Ende hat es Donald Trump geschafft, seine Kernwählerschaft, vor allem weiße Männer aus der unteren Mittelschicht, in überwältigender Zahl an die Urnen zu bringen. Es ist ihm das gelungen, was viele Experten nicht für möglich gehalten haben. Trump selbst hatte aber seit Wochen vorhergesagt, dass er so die Wahl gewinnen wird. Hillary Clinton ist es nicht gelungen, in den „Swing States“ die wichtigen Siege zu erringen, obwohl sie eigentlich vor dem Wahltag einen großen Vorsprung in den Wahlvorhersagen hatte. Zur großen Überraschung hat Hillary Clinton auch als solide demokratisch geltende Staaten verloren, womit vorher kein Experte gerechnet hatte. Auch ihre professionell organisierte Wahlkampfmaschine half ihr nicht, ihre Wählergruppen in den entscheidenden Staaten überproportional an die Wahlurnen zu bringen. Neben Hillary Clinton sind die amerikanischen Demoskopen die großen Verlierer dieser Wahl. Die Demoskopen haben die Wut der Bürger auf das politische Establishment völlig unterschätzt. Genau diese Wut hat Donald Trump ins Weiße Haus getragen. Mit dem Sieg von Trump haben die Republikaner es auch geschafft, die Mehrheit im Senat knapp zu behalten.

Trump steht vor einem gespaltenen Land.

Es wird keine einfache Aufgabe für Donald Trump, das tief gesplante Land zu regieren. In außenpolitischen Angelegenheiten ist Trump ein unbeschriebenes Blatt. Seine ersten Handlungen im Wahlkampf lassen befürchten, dass die transatlantischen Beziehungen vor schwierigen Zeiten stehen.



Journalisten im Exil sind Multiplikatoren in ihre Communities und ihre Arbeit strahlt auch in ihre Heimatländer aus.

Mediendialog mit Exil-Journalisten **Free Media – Free Minds**

Journalisten sind oft die ersten Opfer autoritärer Entwicklungen. Denn die Presse- und Meinungsfreiheit ist das Fundament demokratischer Entwicklungen und die Machthaber fürchten die Kontrollfunktion freier Medien. Und so müssen aus vielen Ländern Journalisten vor politischer Verfolgung und Krieg fliehen. Viele davon nach Deutschland. Journalisten im Exil sind Multiplikatoren in ihre Communities und ihre Arbeit strahlt auch in ihre Heimatländer aus. Daher hat das Internationale Journalisten- und Mediendialogprogramm der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit einen Schwerpunkt auf die Arbeit mit Journalisten im Exil gesetzt.

Die blaue Hand: Das weltweite Logo für Menschenrechte.



In einer Workshopserie in Kooperation mit dem Tagesspiegel in Berlin haben die Journalisten aus Syrien, Pakistan, Afghanistan, Sudan und anderen Ländern unter anderem eine Sonderausgabe der Berliner Tageszeitung konzipiert, die am 14. Oktober mit Artikeln und Fotos geflüchteter Journalisten unter dem Titel #jetzttschreibenwir erschienen ist.

Gefeiert wurde dieses Ergebnis des Austauschs zwischen deutschen und geflüchteten Journalisten mit einer Launch-Party – und daraus erwachsen ist die neue Veranstaltungsreihe „Diwan“: Das internationale Journalisten- und Mediendialogprogramm und der Tagesspiegel laden regelmäßig Deutsche und Geflüchtete zu Lesungen und Diskussionen mit Exil-Journalisten und deutschen Kollegen ein. So teilte die Syrien-Expertin Kristin Helberg ihre Integrationserfahrungen als deutsche Korrespondentin in Damaskus, der iranische Karikaturist Ahmad Barakizadeh diskutierte mit dem politischen Karikaturisten Klaus Stuttmann über Humor und Meinungsfreiheit. Damit Diskussionen auf Augenhöhe möglich sind, werden alle Veranstaltungen simultan Arabisch-Deutsch übersetzt.

In Kooperation mit dem „Tagesspiegel“ in Berlin entstand in einer Workshopreihe mit Exil-Journalisten – zumeist aus Syrien – eine besondere Ausgabe der Tageszeitung mit Artikeln von Geflüchteten.



Eine Gruppe tunesischer Journalisten besucht die Bundespressekonferenz und trifft dort Regierungssprecher Steffen Seibert.



freiheit.org/
menschenrechte

Großbritannien kann die EU genauso wenig verlassen wie der Piccadilly Circus London. Großbritannien ist immer ein europäisches Land gewesen, sein Schicksal untrennbar verflochten mit dem des Kontinents und so wird es auch bleiben. Und doch verlässt es die EU. Warum?

Wenn nur drei Prozent sich anders entschieden hätten, würde man jetzt lesen, wie die Wirtschaftslage entscheidend gewesen sei und wie der britische Pragmatismus gesiegt habe. Hüten wir uns also vor rückblickendem Determinismus. Es wird immer ein Mysterium bleiben, wie Wähler ihre Entscheidung treffen, doch Geschichte ist hier von größerer Bedeutung.

Großbritannien ist in vielerlei Hinsicht ein typisches europäisches Land. Als es sich Anfang der 70er der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anschloss, tat es das als Reaktion auf einen Abschwung. Margaret Thatcher führte 1975 eine Kampagne für den Verbleib in der EU und setzte als Premierministerin in den 80ern den EU-Binnenmarkt durch, empfand später jedoch Reue und Antipathie gegen die „unenglische Denkweise“ der EU.

Als ich ihr bei einem Seminar begegnete, hatte sie ein verzerrtes Bild des Kontinents, Ressentiments gegenüber Helmut Kohl und befürwortete später einen EU-Austritt. Ihr Erbe hat europaskeptische Politiker und Journalisten geprägt. Es gibt drei Zusammenhänge: Infolge der deutschen Wiedervereinigung gab es eine überstürzte Währungsunion. Osteuropäische Staaten verfolgten das Ziel der EU-Mitgliedschaft inklusive Personenfreizügigkeit. Und 1989 setzte die Globalisierung mit vielen Verlierern ein.

Dies hat sich im britischen Referendum zu voller Blüte entfaltet. Die wirtschaftliche Schwäche war zentrales Argument. Nach der EU-Osterweiterung kamen zwei Millionen Menschen nach Großbritannien, später Arbeitsuchende aus Griechenland und Spanien. Der Druck auf staatliche Dienstleistungen sowie Wohnungsbestand wurde spürbar. Diese Sorgen einfacher Leute sind ernst zu nehmen, doch fremdenfeindliche Populisten wie Nigel Farage nutzen sie für englischen Nationalismus aus. Die Unzufriedenheit ist auch Reaktion auf die Globalisierung mit zunehmender Ungleichheit.

Der Vote-Leave-Slogan „Take back control“ ist die britische Variante eines mehr als europaweiten Phänomens, der Ruf von Marine Le Pen, Geert Wilders, der Nationalisten in Polen – und Donald Trump. Für mich als leidenschaftlicher Europäer ist dies die größte Niederlage meines politischen Lebens.

Meine Heimat ist gespalten: London und der Rest, Reich und Arm, Jung und Alt. Wir werden den wirtschaftlichen Preis bezahlen, doch für Europa werden die Auswirkungen noch schlimmer sein. Le Pen rief nach einem Referendum, Geert Wilders, die italienische Lega Nord – Putin wird sich die Hände reiben. Aber 48 Prozent waren auf unserer Seite. Wir müssen also alles daransetzen, den Schaden zu beschränken und das England von Farage und dem rechtsextremistischen Nick Griffin verhindern. Wenn die Austrittsbefürworter recht bekommen, Großbritannien könne die wirtschaftlichen Vorteile haben ohne die Nachteile, dann werden das ihre französischen, niederländischen und dänischen Pendanten auch wollen. Daraus ergibt sich die Logik, den Brexit schmerzhaft zu gestalten. Und so stehen sich zwei Seelen in meiner Brust gegenüber – die englische und die europäische. Ich werde nach den Austrittsverhandlungen kein EU-Bürger mehr sein. Aber ich werde immer ein Europäer bleiben.

Timothy Garton Ash

Die größte Niederlage meines politischen Lebens



Timothy Garton Ash ist Historiker mit Schwerpunkt Gegenwartsgeschichte Europas, Schriftsteller und Publizist. Er ist Träger des Karlspreises der Stadt Aachen 2017.

Gekürzte Fassung
eines Beitrages aus
unserem liberal-Magazin

<http://bit.ly/2mWJEek>



liberal-Magazin
05/2016
PDF

„Die Nachwehen des Brexit-Referendums werden die zwei Seelen in meiner Brust gegeneinander aufstacheln. Wie konnte es so weit kommen?“



„Die EU, die wir langfristig brauchen, muss endlich ernst machen mit jener Aufräumarbeit, die seit Langem auf der Tagesordnung stehen sollte ...“



Großbritannien und die Europäische Union müssen zur Vernunft kommen

Game over



Dr. Wolfgang Gerhardt
Vorsitzender des Vorstandes
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Für Europa geht es gleichfalls um viel, jedenfalls aus liberaler Sicht. Großbritannien ist ein Anker des pragmatisch-freiheitlichen Denkens und der transatlantischen Beziehungen. Kaum war das Brexit-Votum bekannt, erschallte schon aus Frankreich der Ruf, die TTIP-Verhandlungen mit den USA abzubrechen – ein Vorgeschmack, was ohne das Gewicht des Vereinigten Königreichs in Brüssel kommen wird.

In Schottland kommt Nicola Sturgeon eine zentrale Rolle zu – als pro-europäische Wächterin der legitimen Interessen im „keltischen Gürtel“ des (noch) Vereinigten Königreichs. Und auch die Queen könnte sich irgendwann einschalten, sobald es neben der EU-Mitgliedschaft für jeden erkennbar um noch viel mehr geht, nämlich um die Einheit der Nation und die Rolle Großbritanniens in der Welt. Auf die Frage, wie es ihr nach dem Brexit-Votum gehe, hat die Queen erklärt: „I am still alive.“ Ein wunderbarer Satz – und hochpolitisch!

Game over! So lässt sich die Lage nach dem Brexit-Votum beschreiben. Das Ergebnis: ein Scherbenhaufen, denn es gibt überhaupt keinen Brexit-Plan der Brexit-Befürworter. Die Entwicklung der letzten Tage nach dem Votum macht dies deutlich. Klar sind nur die Ausgangspunkte, deutlich abgesteckt von Boris Johnson und Angela Merkel in ihren Reaktionen: Johnson will für Brexit-Britain Freihandel ohne Freizügigkeit, Merkel lehnt dies für die EU zu Recht ab, denn Privilegien kann es nicht geben, und schon gar nicht für Länder außerhalb der EU-Familie.

Die Briten brauchen Zeit zum Nachdenken. Ihre Lage ist in zweierlei Hinsicht fatal: Zum einen ist die Verhandlungsposition gegenüber der EU extrem schwach, denn was ist schon das „Drohpotenzial“ eines Landes in geografischer Randlage, das gerade mal zehn Prozent der Bevölkerung der alten EU ausmacht und fast 50 Prozent seines Außenhandels mit der EU abwickelt, während nur 15 Prozent des EU-Handels auf Großbritannien entfällt? Zum anderen ist das Vereinigte Königreich tief gespalten in EU-Befürworter und -Gegner.

Schottland hat dabei eine starke Trumpfkarte gegen die Brexit-Mehrheit in der Hand: ein zweites Referendum für die Unabhängigkeit, denn mit der Brexit-Entscheidung hat sich die Geschäftsgrundlage gegenüber dem letzten Referendum 2014 radikal verändert. Es droht das Ende des Vereinigten Königreichs nach rund 300 Jahren stolzer gemeinsamer Geschichte!

Der EU fällt die Aufgabe zu, das „Window of Opportunity“ für eine angemessene Zeit offenzulassen. Vor allem darf es keine verärgerten Sprüche und voreiligen Konvente zur Zentralisierung der Nach-Brexit-EU geben. Die EU, die wir langfristig brauchen, muss endlich ernst machen mit jener Aufräumarbeit, die seit Langem auf der Tagesordnung stehen sollte: Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale, regionale und kommunale Ebene in den bürgernahen Bereichen, die bisher von Brüsseler Direktiven überzogen wurden; aber andererseits enge Koordinierung und Kooperation in den zentralen Bereichen, wo es offenbar um gemeinsame grenzüberschreitende Belange geht, von der Wirtschafts- und Finanzpolitik über die Sicherung der Außengrenzen und Fragen der Einwanderung bis zur Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich des Kampfes gegen den Terrorismus. Dies wäre der richtige Weg. Hoffentlich mit, aber notfalls auch ohne Großbritannien!

<http://bit.ly/2n3zSlx>



Europapolitik
Broschüre/PDF

Können wir die Welt
verändern, wenn wir
für sie kämpfen?



Die Antwort geben unsere
Imagebroschüre und
unser Imagefilm.

<http://bit.ly/2mh2GIM>

<http://bit.ly/2mFf7BY>



Imagebroschüre
PDF



Imagefilm
Video

Die Arbeit des Vorstandes im Jahr 2016



Dr. Wolfgang Gerhardt
Vorsitzender des Vorstandes
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Herr Dr. Gerhardt, die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat sich in den letzten Jahren ein Stück weit neu erfunden. Ist die Neuausrichtung abgeschlossen?

Die Welt, in der wir leben, befindet sich in einem konstanten Wandel, auch die Stiftung wird sich zukünftig stets neu erfinden müssen. Nicht nur international sehen wir, wie die Freiheit angegriffen wird, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Menschenrechte unter Druck geraten. Auch in Deutschland müssen wir zunehmende Angriffe auf diese Werte aus der post-faktischen Ecke beobachten. Unser Kampf für die Freiheit bleibt aktueller denn je und unsere Stiftung gefordert wie noch nie.

Was hat sich im vergangenen Jahr verändert?

Im Jahr 2016 haben wir weiter an unseren Themen Soziale Marktwirtschaft, digitale und offene Gesellschaft, internationale Politik und beste Bildung mit auch neuen Partnern gearbeitet. Wir arbeiten zur Vermittlung unserer Themen mit einer modernen Zielgruppenansprache und neuen Formen der digitalen Kommunikation. Nicht nur auf unserer Homepage freiheit.org, die als Anlaufpunkt für interessierte Bürgerinnen und Bürger dient, sondern auch mit unserer Social-Media-Strategie. Das neue Corporate Design spricht nachweisbar mehr Bürger an.

Mit der Europäischen Zukunftskonferenz haben wir bewiesen, dass wir auch die große Bühne beherrschen und auf unsere Ideen und Vorstellungen für ein liberales und zukunftsfähiges Europa aufmerksam machen können. Das Jahr 2016 hat gezeigt, dass die neuen Strategien greifen. Jetzt wollen wir 2017 noch besser, schneller und noch ehrgeiziger werden, um noch mehr Menschen für die Freiheit zu begeistern.

Wie sieht der weitere Weg für die Stiftung aus, und wo sehen Sie die Stiftung in Zukunft?

Die Stiftung hat einen Weg der Neuaufstellung begonnen, dessen erste Phase 2017 endet. Wir wollen aber mehr. Wir meinen es ernst, unsere Stiftung zur Avantgarde der intellektuellen Weiterentwicklung und Verteidigung der liberalen freien Gesellschaft zu machen. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger von Freiheit begeistern, und zwar nicht nur einen kleinen Teil, sondern die Mitte der Gesellschaft. Also werden wir uns intellektuell weiter rüsten, uns noch stärker mit gleichgesinnten Partnern verbinden, Netzwerke der Freiheit schaffen und unsere digitalen Kommunikationskanäle optimieren, um viele Menschen zu erreichen. Auch international muss die Stiftung die erste Adresse weltweit für liberale Menschen sein, die sich treffen, neue Ideen entwickeln und für internationale Verständigung, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte eintreten wollen. Es wird ein weiter Weg werden, diese Ziele zu erreichen. Aber wir sind ja schon ein Stück vorangekommen und es macht Freude zu sehen, wie alle Gremienmitglieder, Mitarbeiter und Freunde der Stiftung diese Herausforderungen mit Kraft, Mut und auch Spaß angehen.

Der Vorstand:

Vorsitzender:
Dr. Wolfgang Gerhardt
Stellvertretender Vorsitzender:
Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
Schatzmeister:
Manfred Richter
Weitere Mitglieder:
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Bericht des Kuratoriums zur Gremienarbeit 2016

Die Mitglieder des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mussten im Jahr 2016 Abschied von langjährigen Mitgliedern nehmen, die unsere Arbeit geprägt und die Stiftung über Jahrzehnte fortentwickelt haben: von unserem Ehrenvorsitzenden Bundespräsident a. D. Walter Scheel, von Detlef Kleinert, Hildegard Hamm-Brücher und Peter Menke-Glückert. Wir werden sie sehr vermissen.

Die inhaltliche Arbeit des Kuratoriums stand 2016 ganz im Zeichen der Weiterentwicklung und Vertiefung des 2014 eingeleiteten Veränderungsprozesses. In seinen Sitzungen hat das Kuratorium weitere finanzielle und organisatorische Entscheidungen getroffen, um den eingeschlagenen Weg abzusichern. Darüber hinaus haben die Mitglieder des Kuratoriums zu verschiedenen inhaltlichen Positionen der Stiftung beraten, wie zur Zukunft der Europäischen Union oder der Integration.

Für ihre inhaltlichen Impulse danken wir insbesondere den Gastrednern an den traditionellen Vorabenden der Kuratoriumssitzung:

Michael Georg Link, Direktor des Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), stellte die Arbeit der OSZE vor.

Hans van Baalen, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der europäischen Partei Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, der dem Kuratorium ab 2017 als Mitglied angehören wird, sprach über die Herausforderungen für die Europäische Union nach dem Brexit.

Michael Theurer, Mitglied des Europäischen Parlaments, referierte über die Auswirkungen der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und die europapolitischen Herausforderungen im Jahr 2017.

Wie mit der Satzungsänderung 2014 beabsichtigt, hat das Kuratorium zum 31.12.2016 seine neue Größe von 21 Mitgliedern erreicht. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, die zum Jahresende aus dem Kuratorium ausgeschieden sind, für ihren hervorragenden Einsatz für unsere Stiftung.



Prof. Dr. Jürgen Morlok
Vorsitzender des Kuratoriums
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Das Kuratorium:

Vorsitzender:
Prof. Dr. Jürgen Morlok
Ehrenvorsitzender:
Walter Scheel †
Stellvertretende Vorsitzende:
Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss,
Liane Knüppel
Weitere Mitglieder:
Christel Augenstein, Hinrich Enderlein,
Richard Fudickar, Prof. Dr. Helmut Haussmann,
Dr. Peter Jeutter, Detlef Kleinert †,
Karl-Ulrich Kuhlo, Alexander Graf Lambsdorff MdEP,
Heinz Lanfermann (bis 31.12.2016),
Christian Lindner MdL, Michael Georg Link,
Dr. Anita Maaß, Gisela Piltz, Walter Rasch,
Dr. Horst Rehberger (bis 31.12.2016),
Hermann Rind (bis 31.12.2016), Dr. Fritz Schaumann †,
Renate Schneider (bis 31.12.2016),
Dr. Hermann Otto Solms, Prof. Dr. Thomas Straubhaar,
Ruth Wagner, Joachim Werren

Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert.

Ihre gemeinsame Erklärung ist Standortbestimmung, Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich. Die Zusammenfassung der Erklärung:

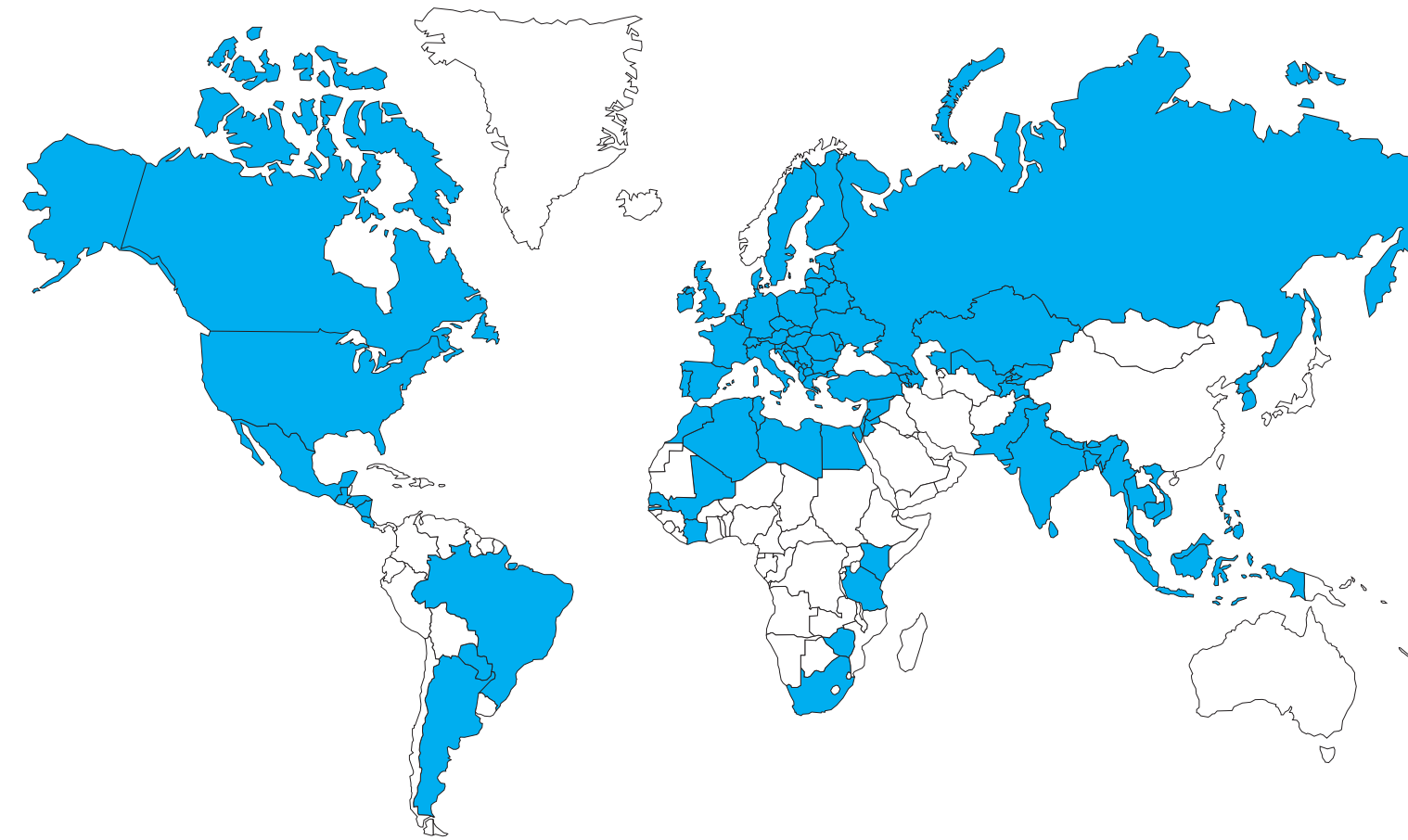
Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern, der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke nahe stehenden politischen Stiftungen.

Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenschaftstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;

- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.



Im politischen Dialog in über 60 Ländern der Erde

A Albanien · Ägypten · Algerien · Argentinien · Armenien · Aserbaidschan B Bangladesch · Belgien · Bhutan · Bosnien Herzegowina · Brasilien · Bulgarien C Costa Rica D Dänemark · Deutschland E Elfenbeinküste · Estland F Finnland · Frankreich G Georgien · Griechenland · Guatemala H Honduras I Indien · Indonesien · Irland · Israel und palästinensische Autonomiegebiete · Italien J Jordanien K Kambodscha · Kanada · Kasachstan · Kenia · Kirgisistan · Kosovo · Kroatien L Lettland · Libanon · Libyen · Litauen · Luxemburg M Malaysia · Mali · Malta · Marokko · Mazedonien · Mexiko · Moldau · Montenegro · Myanmar N Nepal · Nicaragua · Niederlande · Nordkorea O Österreich P Pakistan · Paraguay · Philippinen · Polen · Portugal R Rumänien · Russland S Schweden · Senegal · Serbien · Spanien · Simbabwe · Slowenien · Slowakische Republik · Sri Lanka · Südafrika · Südkorea · Syrien T Tadschikistan · Tansania · Thailand · Tschechische Republik · Tunesien · Türkei U Ukraine · Ungarn · Usbekistan V Vereinigte Staaten von Amerika · Vereinigtes Königreich · Vietnam W Weißrussland Z Zypern

Die Regionalbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Deutschland

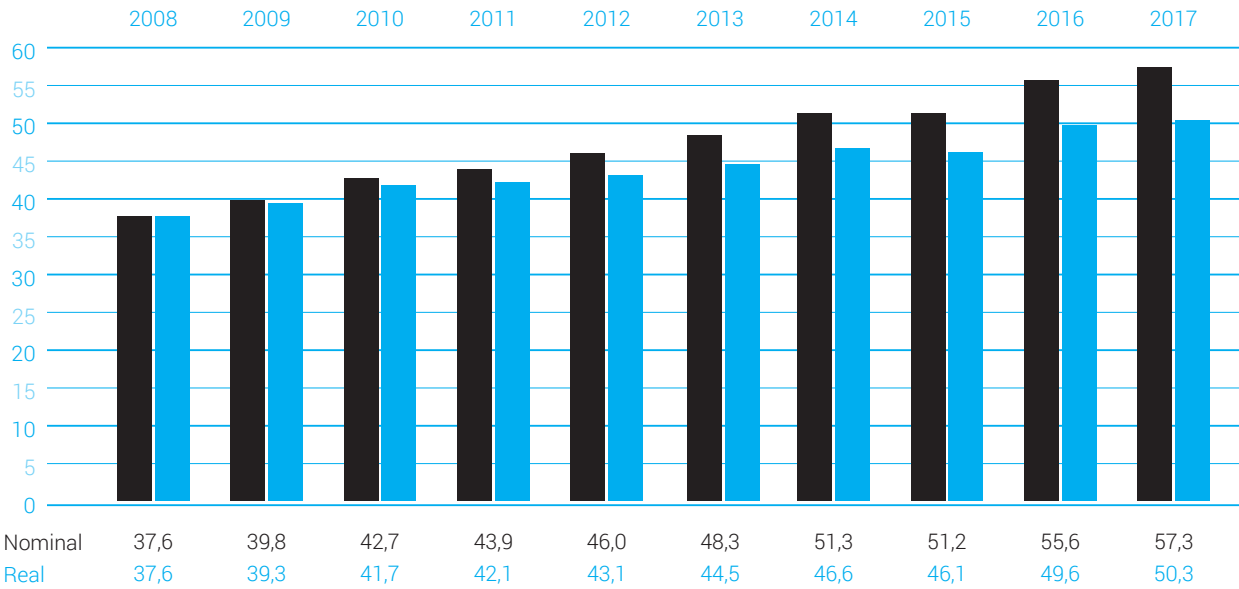
Berlin · Potsdam · Gummersbach · Hannover · Lübeck · Halle · München · Stuttgart · Wiesbaden

Die finanziellen Mittel der Stiftung

Die Zuwendungen von Bund und Ländern an die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sind in den letzten neun Jahren nominal um insgesamt 47,9 % gestiegen, aber real nur um 31,9 %.

Das Volumen der im Jahre 2016 verfügbaren finanziellen Mittel lag damit unter Einbeziehung der Inflationsraten um 12,0 Mio. € über dem des Jahres 2008.

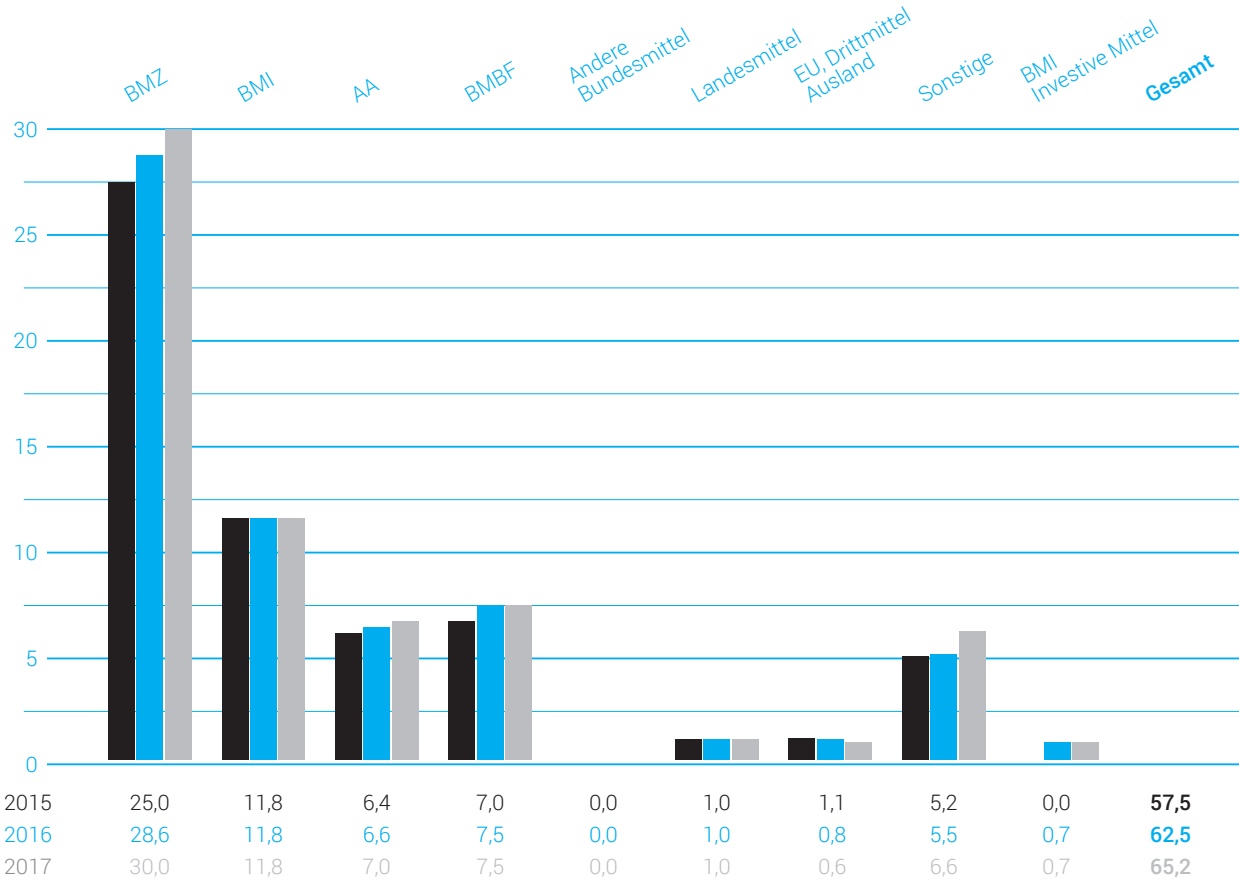
Die Entwicklung der Bundes- und Landeszuwendungen 2008–2016 (2017: Plan)



Angaben in Mio. €

Quellennachweis der Gesamteinnahmen

Die Zusammensetzung der Einnahmen 2015/2016 (2017: Plan)



Angaben in Mio. €

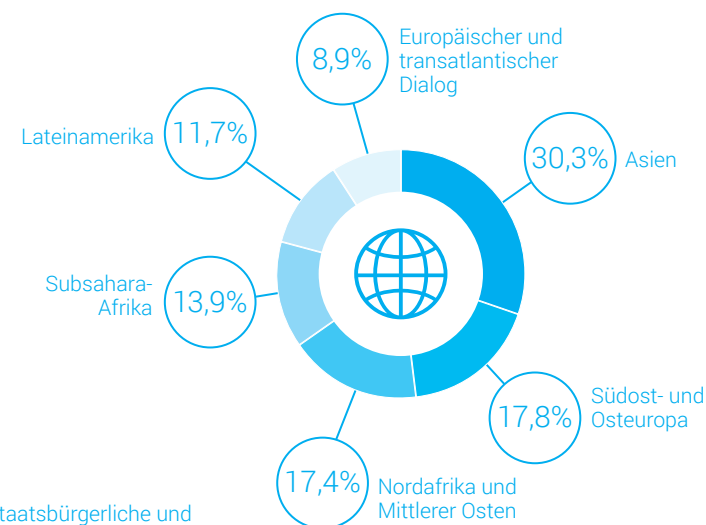
Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erzielte im Haushaltsjahr 2016 Einnahmen in Höhe von 62,5 Mio. €. Davon bezog sie gemäß ihrem Aufgabenschwerpunkt 45,8 % der Mittel vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Gegenüber 2015 bedeutet dies eine Erhöhung der Einnahmen um 3,6 Mio. €.

Der Anteil der Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern betrug 18,9 % und lag damit unverändert bei 11,8 Mio. €. Die Zuwendungen des Auswärtigen Amtes erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. €. Der Anteil an den Gesamteinnahmen betrug 10,5 %.

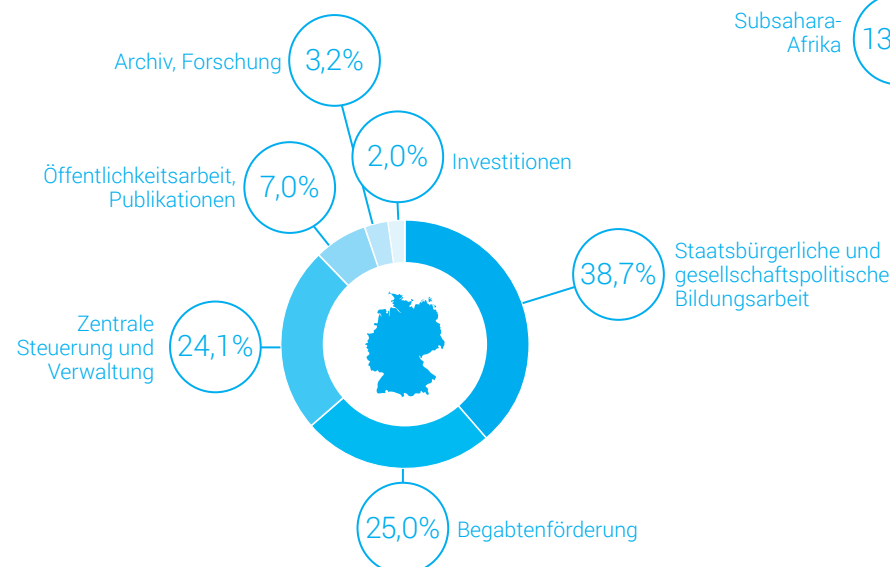
Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung bereitgestellten Mittel beliefen sich auf 12,0 % der Gesamteinnahmen. Die Landesmittel mit 1,6 % der Gesamteinnahmen veränderten sich im Jahresvergleich nicht und lagen wie im Vorjahr bei insgesamt 1,0 Mio. €. Die Zuwendungen der EU und Anderer betrugen 0,8 Mio. €, das entspricht 1,3 % der Gesamteinnahmen. Sie lagen somit um 0,3 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Die sonstigen Einnahmen mit 8,8 % erhöhten sich von 5,2 Mio. € auf 5,5 Mio. €.

Die Aufteilung der Mittel

Die Aufteilung der Mittel weltweit



Aufteilung der Mittel in Deutschland nach Aufgaben



Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	13,3	8,5	Asien
Begabtenförderung	8,6	5,0	Südost- und Osteuropa
Zentrale Steuerung und Verwaltung	8,3	4,9	Nordafrika und Mittlerer Osten
Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen	2,4	3,9	Subsahara-Afrika
Archiv, Forschung	1,1	3,3	Lateinamerika
Investitionen	0,7	2,5	Europäischer und transatlantischer Dialog
Gesamt	34,4	28,1	Gesamt

62,5

Angaben in Mio. €

Aufgabenfelder in Deutschland

Im Jahre 2016 umfassten die im Inland ausgegebenen Mittel 34,4 Mio. €. Dieser Betrag entsprach 55,04 % der Gesamteinnahmen. Die Aufwendungen für die zentrale Steuerung einschließlich der Planung und Steuerung der Auslandsarbeit sowie für die Verwaltung der Infrastruktur

beliefen sich im Berichtsjahr auf 13,28 % der Gesamteinnahmen.

Einsatzgebiete weltweit

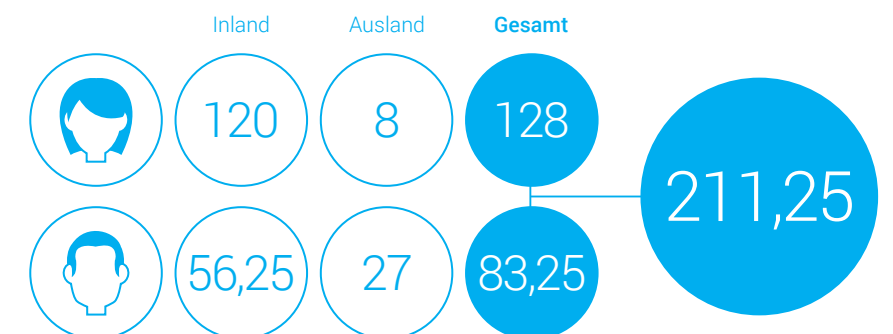
Der Finanzmitteleinsatz in Höhe von insgesamt 28,1 Mio. € entsprach 44,96 % der Gesamteinnahmen.

Mitarbeiter

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist ein attraktiver Arbeitgeber. 238 Kolleginnen und Kollegen arbeiten auf 211,25 Stellen im In- und Ausland für die

Freiheit – dazu kommen noch viele Projektmitarbeiter in aller Welt. Aktuelle Stellenausschreibungen finden Sie unter: freiheit.org/content/jobs

Anzahl der Stellen im In- und Ausland 2016

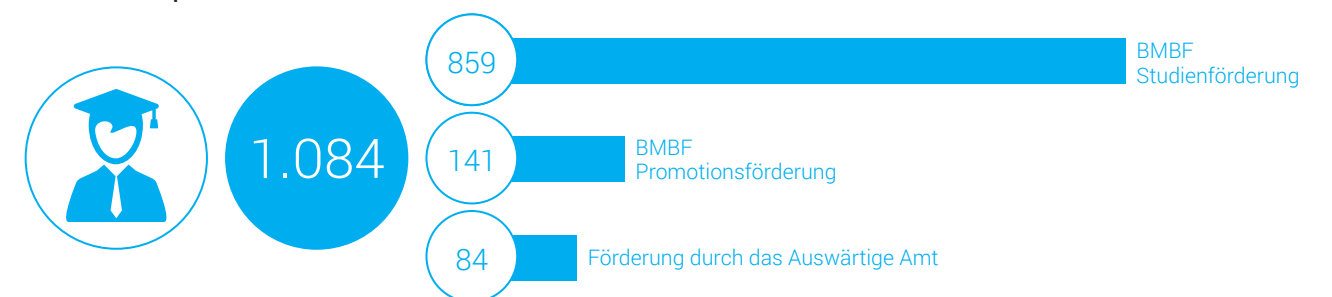


Begabtenförderung

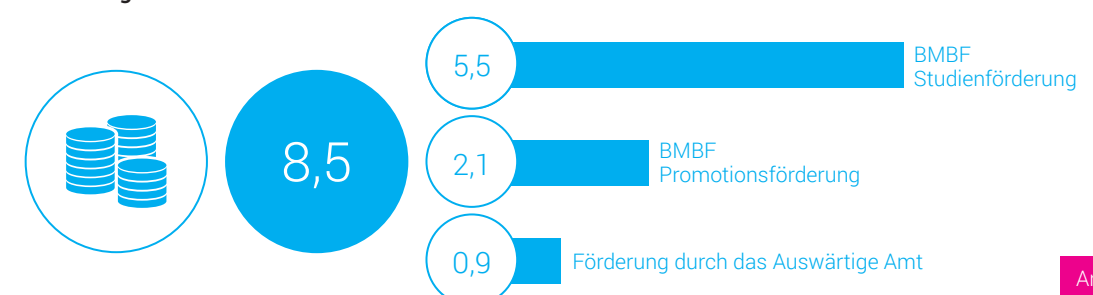
Die Begabtenförderung erhielt 2016 etwas über 8,5 Mio. € für die Förderung von deutschen und ausländischen Studierenden und Promovierenden.

Insgesamt wurden 1.084 Stipendiaten mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (7.600.730 €) und des Auswärtigen Amtes (902.258 €) gefördert.

Anzahl der Stipendiaten 2016



Verteilung der Mittel 2016



Angaben in Mio. €

Das Geschäftsjahr 2015

Aktiva			Passiva		
	Stand am 31.12.15	Stand am 31.12.14		Stand am 31.12.15	Stand am 31.12.14
	€	€		€	€
Anlagevermögen			Eigenkapital		
Immaterielle			Stiftungskapital	172.150,00	172.150,00
Vermögensgegenstände	587.854,00	322.558,00	Rücklagen	8.720,61	7.227,97
Sachanlagen	13.680.404,90	14.217.179,90	Umschichtungsergebnisse	-4.495,22	-4.495,22
Finanzanlagen	1.074.471,62	1.091.471,62	Ergebnisvortrag	8.483.900,42	8.663.114,38
Gesamt	15.342.730,52	15.631.209,52	Gesamt	8.660.275,81	8.837.997,13
Umlaufvermögen			Dem unter dem im Eigenkapital ausgewiesenen Posten „Ergebnisvortrag“ stehen teilweise mögliche Wertausgleichsverpflichtungen, insbesondere nach den Besonderen Bewirtschaftungsgrundsätzen des Bundes, gegenüber. Die möglichen Wertausgleichsverpflichtungen sind durch entsprechende Grundsschulden in Höhe von TEUR 17.899 besichert. Die Höhe der Wertausgleichsverpflichtungen kann nicht beziffert werden, da diese nicht feststehen.		
Vorräte	22.800,00	22.600,00	Sonderposten für Investitions-		
Forderungen und sonstige			zuschüsse zum Anlagevermögen		
Vermögensgegenstände	781.129,15	707.903,06	Rückstellungen	3.338.356,15	4.091.466,85
Kassenbestand, Guthaben			Verbindlichkeiten	3.259.666,14	3.125.324,92
bei Kreditinstituten	3.734.656,06	5.489.297,58			
Gesamt	4.538.585,21	6.219.800,64	Rechnungsabgrenzungsposten	1.535.671,14	2.753.353,03
Rechnungsabgrenzungsposten	26.272,51	31.709,77	Gesamt	19.907.588,24	21.882.719,93
Gesamt	19.907.588,24	21.882.719,93			

Aufwendungen			Erträge		
	2015	2014		2015	2014
	€	€		€	€
Satzungsgemäße Tätigkeit,			Gesamt Zuschüsse	52.455.752,06	49.692.057,95
Projektaufwendungen	38.695.860,59	35.473.265,54	Einnahmen aus Spenden	71.463,56	10.057,55
Personalaufwand			Teilnehmerbeiträge	496.752,43	455.308,51
für Inlandsmitarbeiter	9.927.023,11	9.204.308,36	Sonstige Einnahmen und Erträge	1.064.146,83	1.093.783,29
Sachaufwendungen	5.498.896,69	5.295.111,89	Außerordentliche Einnahmen		
Sonstige Aufwendungen	415.920,44	1.473.596,59	und Erträge	950.572,63	12.612,66
Außerordentliche			Einstellungen in den Sonder-		
Ausgaben und			posten für Investitionszu-		
Aufwendungen	662,00	4.651,00	schüsse zum Anlagevermögen	-678.046,00	-170.437,01
Gesamt	54.538.362,83	51.450.933,38	Gesamt	54.360.641,51	51.093.382,95
Jahresfehlbetrag	-177.721,32	-357.550,43	Gemäß der Empfehlung der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unab-		
Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	8.663.114,38	9.024.407,90	hängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 wurde der Jahresabschluss 2015		
Einstellungen in den Posten			nebst ergänzenden Angaben am 20.10.2016 im Bundesanzeiger veröffentlicht.		
Umschichtungsergebnisse	0,00	-1.674,73			
Zuführung zur sonstigen					
Rücklage	-1.492,64	-2.068,36			
Ergebnisvortrag	8.483.900,42	8.663.114,38			

Gesamtübersicht aller im Haushaltsjahr 2017 zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben

I. Einnahmen		€
1. Zuwendungen und Zuschüsse		
Zuwendungen der Bundesministerien		57.068.716,00
Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften		972.736,00
Sonstige Zuwendungsgeber		641.720,00
2. Spenden		10.000,00
3. Teilnehmergebühren		340.415,00
4. Sonstige Einnahmen		6.234.198,00
Gesamt		65.267.785,00

II. Ausgaben		€
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben		
Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit		-8.640.007,00
Förderung von Studenten und Graduierten		-7.728.397,00
Internationale Zusammenarbeit ¹		-28.820.154,00
Öffentlichkeitsarbeit		-2.296.800,00
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter		-11.519.600,00
3. Ausgaben für zentrale Steuerung und Verwaltung		-6.262.827,00
Gesamt		-65.267.785,00

III. Voraussichtliches Jahresergebnis		€
		0,0

¹ inkl. unmittelbar zuzurechnender Personalkosten für Auslandsmitarbeiter

Danksagung an Stifter, Spender und Sponsoren

Mit Ihrer Hilfe tun wir Gutes! Ihre Zuwendungen ermöglichen die Weiterentwicklung der privaten Finanzierung der Aufgaben unserer Stiftung. Nur die Steigerung dieses privaten Finanzierungsanteils führt zu mehr Unabhängigkeit von öffentlichen Zuwendungen und somit zu einer unabhängigeren Arbeit der Stiftung. Dafür möchten wir Ihnen an dieser Stelle herzlich danken.

Unterstützen Sie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Ihrer Zustiftung zum Stiftungskapital oder mit einer einmaligen Spende zur Aufgabenfinanzierung: Mit einer Zustiftung tun Sie auf Dauer Gutes. Denn die gesamten aus dem Stiftungskapital einschließlich Ihrer Zustiftung erwirtschafteten Zinsen tragen zeitlich unbefristet und in vollem Umfang zur Finanzierung unserer satzungsgemäßen Aufgaben bei. Eine Spende wirkt einmalig und unmittelbar zur Aufgabenfinanzierung. Entscheiden Sie selbst, ob Sie als „Stifter“ oder als „Spender“ die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützen wollen, um Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. In beiden Fällen erhalten Sie von uns eine steuerlich absetzbare Bestätigung. Über weitere Einzelheiten beraten wir Sie gern.

Spendenkonto

Commerzbank Berlin
IBAN: DE12 1004 0000 0266 9661 04
BIC: COBADEFFXXX

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

 /freiheit.org

 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

 /FNFreiheit

Verantwortlich

Boris Eichler
Leiter Fachbereich Kommunikation

Redaktion

Benita Dill
Johanna Gabriel

Pressekontakt

Doris Bergmann
presse@freiheit.org

Produktion

Martina Schäfer
Franziska Brunsch
COMDOK GmbH

Gestaltung

kopf-an-koepfe.de

Bildnachweis

Seite 21: picture alliance/dpa
Seite 24: getty images/Louisa Gouliamaki
Seite 26: picture alliance/dpa
Seite 29: Frank Eidel
Seite 30: Weltethos-Institut, Universität Tübingen
Seite 32: picture alliance/Jochen Eckel
Seite 33: SVR/Phil Dera
Seite 34: picture alliance/dpa
Seite 35: picture alliance/dpa
Kai Bienert (Dr. Zsuzsa Breier)
Seite 40: CC BY-SA 2.0 Flickr/Lucélia Ribeiro
Seite 44: iStock/FatCamera
Kim Keibel (Verena Pausder)
Seite 46: picture alliance/dpa Themendienst
Seite 49: 7visuals/Oskar Eyb
Seite 52: Körber-Stiftung/Claudia Höhne
(Prof. Dr. Thomas Straubhaar)
Seite 53: shutterstock/Westend61
Seite 54: Benjamin Diederling
Seite 56: getty images/Carsten Koall
Seite 58: Fotolia/eyetronic
Seite 64: picture alliance/AP Photo
Seite 66: picture alliance/ZUMAPRESS.com
Seite 68: picture alliance/AP Images
Seite 72: picture alliance/Arno Burgi
Seite 73: picture alliance/ZUMAPRESS.com
Seite 74: iStock/BrianAJackson
Seite 76: getty images/CNN/Pressemitteilung

Alle anderen Fotos:
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

„LIBERAL BEKENNT
SICH ZU FREIHEIT,
FAIRNESS UND
FORTSCHRITT.“



WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber liberal

BESTELLUNG AN: *liberal*-Aboservice
Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: 030/69 08 81 02 | per E-Mail: service@freiheit.org

Online-Bestellung: <https://shop.freiheit.org/#Liberal/> oder QR-Code scannen

☐ Ich hätte gerne ein **Gratis-Abo** (inkl. Porto und Versand)

Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden, um von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auf weitere Aktivitäten aufmerksam gemacht und über ihre Arbeit informiert zu werden. Wenn diese Mitteilungen nicht mehr gewünscht sind, wird die Stiftung dies nach entsprechender Mitteilung beachten (§ 28, Abs. 4 BDSG)

Vorname Name _____

Straße Nr. _____

PLZ Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____



liberal
DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

liberal bittet Freigeister
um ihre Meinung.

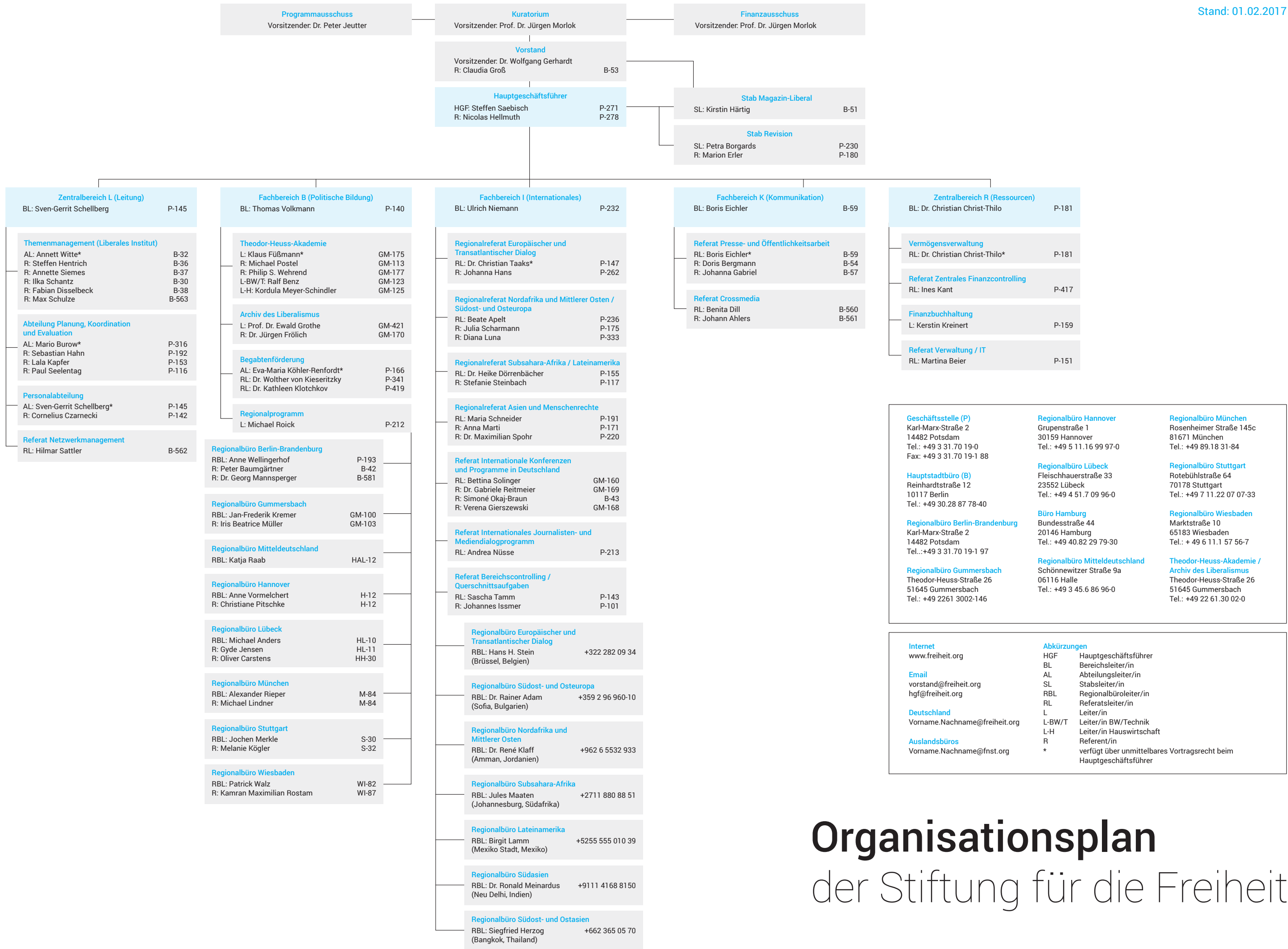
liberal ist laut Leserpost ein
„intelligentes und mit spitzer Feder
geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal wird herausgegeben von
der Friedrich-Naumann-Stiftung für
die Freiheit.



Kostenfrei abonnieren

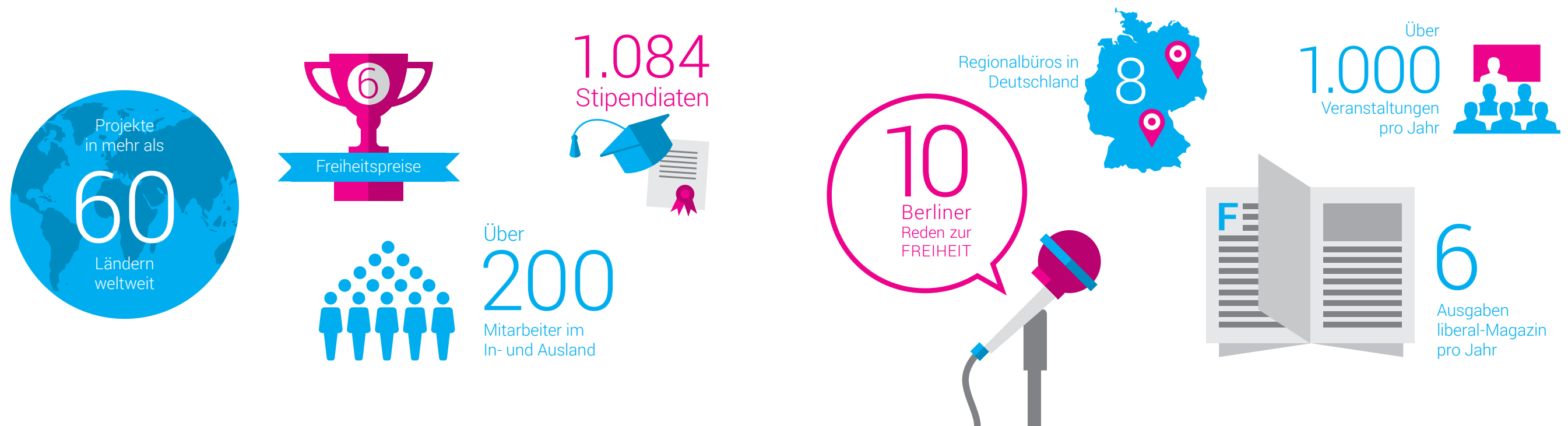
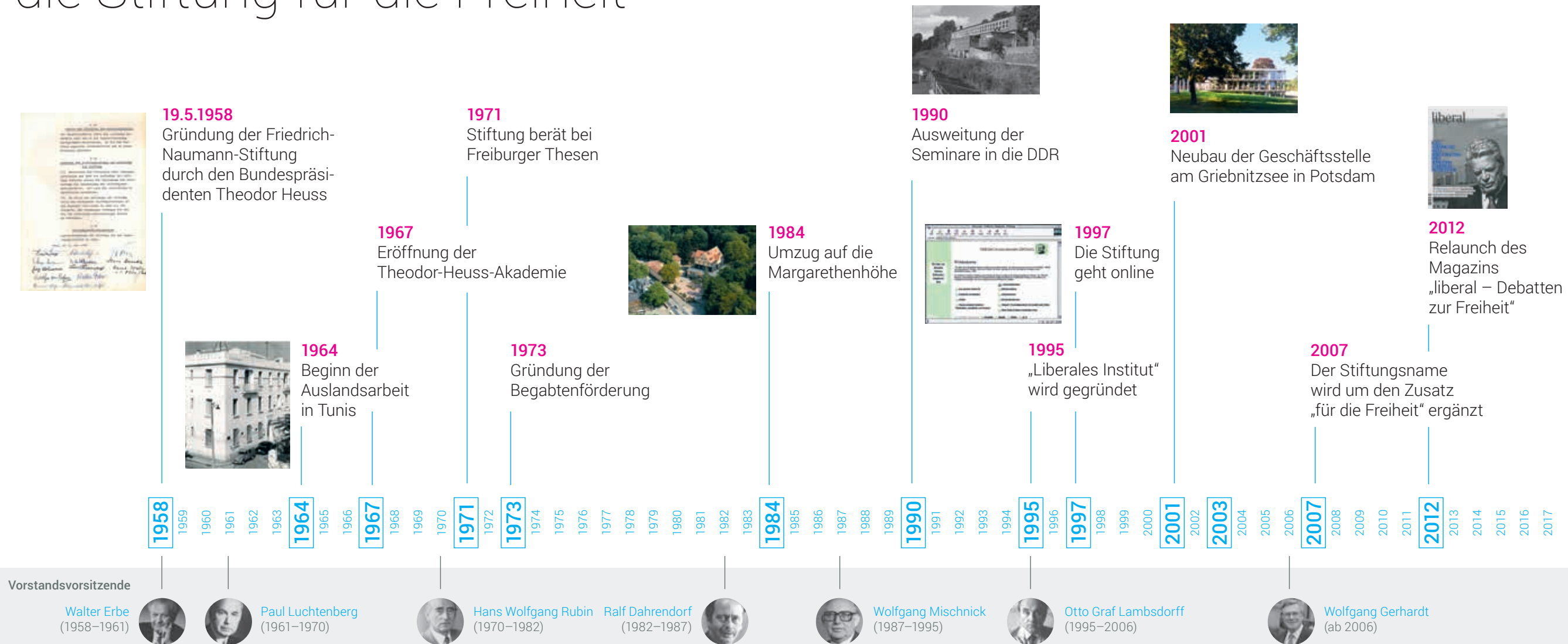
Erscheint 6x im Jahr
Auch als kostenfreie APP



Organisationsplan

der Stiftung für die Freiheit

Seit fast 60 Jahren die Stiftung für die Freiheit





Freiheit.org